

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt, Verbraucher- und Klimaschutz

12. Sitzung
29. September 2022

Beginn: 09.00 Uhr
Schluss: 12.06 Uhr
Vorsitz: Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Wie kann Berlin die europäische
Wasserrahmenrichtlinie erfüllen?**
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0002](#)
UVK

Hierzu: Anhörung

Als Anzuhörende begrüße ich nochmals ganz herzlich in alphabetischer Reihenfolge Herrn Jens Feddern, Frau Verena Fehlenberg und Herrn Christian Schweer. Sie stellen fest, wie ich, dass zwei Personen von einer Initiative anwesend sind. Das heißt nicht, dass beide hier ein Input geben werden, sondern Frau Fehlenberg wird das Input geben, und dann wird Herr Schweer für Ihre Fragen zur Verfügung stehen. Ich darf feststellen, dass auch Sie, liebe Anzuhörende, mit den Liveübertragungen der Sitzung einverstanden sind. Ich habe das auch vorhin gefragt. Das ist auch weiterhin der Fall. Ich gehe außerdem davon aus, dass ein Wortprotokoll angefertigt werden soll. – Ich sehe Kopfnicken. Dann machen wir das so. Ist die Begründung des Besprechungsbedarfs zu Tagesordnungspunkt 3 durch die CDU erwünscht? – Das ist der Fall. – Herr Freymark, bitte!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir hatten den Punkt ja schon vor längerer Zeit angemeldet, aber dann gemeinsam bei der Veranstaltung des „Wassernetz Berlin“ vor dem Abgeordnetenhaus – – Vielen Dank für Ihr Engagement, Ihre Präsenz, das Durchhalten, die Petition, die ich hier auch bearbeiten durfte. Das brauchen wir. Als Oppositionsabgeordneter ist es noch ein bisschen leichter gesagt als vielleicht als Koalitionsabgeordneter, weil dort andere Zwänge sind, aber das wissen Sie. Unser Job hier ist es, entsprechend Druck zu machen. Den haben Sie am 1. September gemacht. Ich bin dem Vorsitzenden Turgut Altuğ sehr dankbar, weil er vor Ort deutlich gemacht hat, dass das für ihn auch auf die Tagesordnung gehört. Das Gleiche galt dann auch für die Sprecherinnen und Sprecher aller hier anwesenden Fraktionen. Deswegen hat das, glaube ich, ganz gut geklappt. Ihr Wunschtermin – eine Forderung Ihres Papiers –, nämlich der heutige Tag, ist damit schon erfüllt. Das reicht uns noch nicht, aber immerhin ist die erste Zusage gegeben.

Fachlich-politisch werden wir einiges zu diskutieren haben. Wir als CDU-Fraktion sind mit dem Umsetzungsstand der Wasserrahmenrichtlinie – WRRL – nicht einverstanden und nicht zufrieden. Das hat vielerlei Gründe. Einmal die Realität, wenn wir uns die Gewässergüte in Berlin anschauen. Sie selbst sagen, dass 50 Prozent in einem schlechten und sehr schlechten Zustand sind. Wir wissen alle, wie wir bei den Haushaltsberatungen um eine finanzielle Unterstützung und Mittel gerungen haben, die nicht ausreichend sind. Wir wissen heute schon – wohlgemerkt im Jahr 2022 –, dass wir die WRRL in der vorgegebenen Form bis 2027 nicht umzusetzen bereit sein können. Wir werden mit Fristverlängerungen etc. arbeiten. Das tut mir dann auch für Frau Dr. Fritz-Taute und die Verwaltung leid, dass sie unter finanziellen, aber auch personellen Mängeln versuchen müssen, das Bestmögliche herauszuholen. Deswegen ist es richtig, dass wir heute diskutieren, und deshalb freue ich mich auf die Anhörung. Ich hoffe, dass wir uns in konstruktiver, bewährter Art und Weise der Sache so dienlich nähern werden, dass wir mit einem guten Ergebnis hier rausgehen und dann vielleicht nach dem heutigen

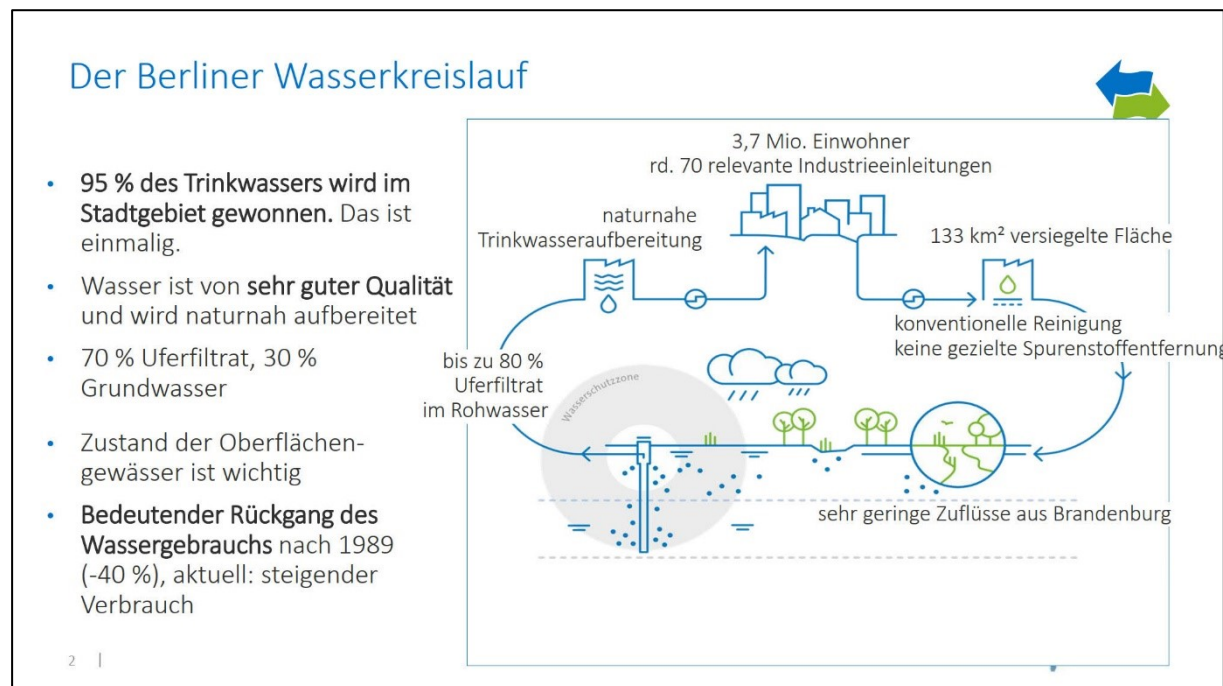
Termin für die WRRL und die Gewässergüte in Berlin noch mehr erreichen können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Freymark! – Ist vonseiten des Senats eine einleitende Stellungnahme gewünscht? – Das ist der Fall. – Frau Dr. Karcher, bitte!

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK): Ich würde das ganz kurz machen, um nicht mehr Zeit von den beiden Anhörungen wegnehmen zu wollen. Ich glaube, wir sind an der Stelle gar nicht so weit auseinander. Wir sehen, dass die Wasserrahmenrichtlinie ein wirklich innovatives Rechtskonstrukt war und ist, das nicht sagt: Du darfst das nicht, und du darfst jenes nicht. Sondern sie sagt: Ihr müsst für alle Gewässer einen guten chemischen, ökologischen und mengenmäßigen Zustand erreichen. Das ist also wirklich ein visionäres Rechtsinstrument. Wir streben es an, das zu erfüllen. Wir stellen, genauso wie Sie das festgestellt haben, fest, dass wir nicht da sind, wo wir gerne wären. Das ist im urbanen Raum alles ein bisschen schwieriger als in Flächenstaaten. Wir arbeiten daran. Wir haben einige Erfolge erzielt. Wir wären gerne schneller und müssen selbstverständlich daran arbeiten, schneller und besser zu werden. Wir sind allerdings – das muss man auch sagen – nicht die Einzigen. Andere Bundesländer haben ebenso Schwierigkeiten. Auch andere europäische Staaten haben ebenso Schwierigkeiten. Das soll aber kein Grund sein, sich auszuruhen, denn unser Anspruch kann es nicht sein, hinten mitzuspielen, sondern wir wären lieber die Primusse und die Pioniere der guten Wasserqualität. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Dr. Karcher! – Dann kommen wir jetzt zur Anhörung. Ich möchte nun den Anzuhörenden das Wort geben. Ich möchte Sie bitten, Ihre Stellungnahme nach Möglichkeit auf fünf Minuten zu beschränken. Sie werden im Anschluss sowieso die Möglichkeit haben, auf die Fragen einzugehen. Ich würde nach der alphabetischen Reihenfolge anfangen und das Wort Herrn Feddern erteilen. – Bitte schön!

Jens Feddern (Berliner Wasserbetriebe – BWB): Guten Tag, meine Damen und Herren! Herr Vorsitzender! Liebe Staatssekretäre! Wir würden ein bisschen etwas erzählen, wo wir aus der Sicht der Wasserbetriebe eigentlich stehen und vielleicht ein kleines bisschen darauf hinweisen, wie das System in Berlin funktioniert, damit klar ist, warum auch wir eigentlich die WRRL brauchen, um gutes Trinkwasser herzustellen.



Ich fange mit der allerersten Folie an. Was man vielleicht für Berlin wissen muss, ist, dass wir 95 Prozent unseres Trinkwassers tatsächlich auf dem Stadtgebiet der Stadt Berlin gewinnen. Es ist in guter Qualität. Das heißt, dass wir wirklich mit einer naturnahen Aufbereitung auskommen. Eine naturnaher Aufbereitung heißt, dass Eisen und Mangan aus dem Wasser herausgeholt wird, und dann steht es schon für den menschlichen Genuss in guter Qualität zur Verfügung. Der zweite Punkt ist: 70 Prozent des Wassers, was wir herstellen, stammt aus Uferfiltrat und nur 30 Prozent aus dem Grundwasser. Die 70 Prozent – das kann je nach Verhältnissen bis auf 80 Prozent steigen – kommen aus dem Uferfiltrat, die restlichen 30 Prozent sind tatsächlich Grundwasser, das wir benutzen. Das ist wichtig zu wissen. Deswegen ist der Zustand der Oberflächengewässer so wichtig für uns, damit das funktioniert.

Hier sehen Sie einmal den Wasserkreislauf. Das ist genau das, was Berlin ausmacht – es ist schwer zu erkennen –: Das Wasser, unser Trinkwasser, wird gebraucht, landet dann in den Kläranlagen, die außerhalb Berlins liegen. Diese führen das Wasser wieder zurück in die Berliner Oberflächengewässer. Dann wird das Grundwasser über das Uferfiltrat wieder aufgefüllt. Daraus machen wir dann wieder Trinkwasser. Das ist der sogenannte Wasserkreislauf. Den gilt es zu schützen.

Damit es auch morgen noch läuft

Den Wasserkreislauf schützen



- Wir bewirtschaften in Berlin einen **einmaligen Wasserkreislauf**. Mit unseren Strategien und Investitionen arbeiten wir daran, ihn auch **künftig zu sichern**.
- **Sorgsamer und sparsamer Umgang mit dem Trinkwasser** und **exzellente Abwasserreinigung** sind zwei Seiten einer Medaille.
- Für den guten Zustand der Oberflächengewässer brauchen wir die **Zusammenarbeit mit Brandenburg, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern**.



3 |

Den Wasserkreislauf gilt es zu bewirtschaften. Dazu gehört auch ein sorgsamer und sparsamer Umgang mit dem Wasser. Um diese Oberflächengewässer, die wir brauchen, wirklich in einen guten Zustand zu bekommen, bedarf es auch der Zusammenarbeit nicht nur innerhalb Berlins, sondern auch zwischen Berlin, Brandenburg, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Das gehört mit dazu, denn der Wassertropfen macht an der Grenze nicht halt. Wir haben ja ein großes Einzugsgebiet, auch über die Oberflächengewässer. Insofern bedarf es einer großen Zusammenarbeit.

Maßnahmen zur Sicherung der Trinkwasserversorgung

Wichtiges Ziel der Wasserrahmenrichtlinie



 <h3>Erhöhung des Grundwasser-dargebots</h3> <ul style="list-style-type: none">• Ausreichende Qualität und Menge Wasser in der Spree (Sulfat)• Sicherung der Stauhaltung• Konsequente Altlastensanierung nötig	 <h3>Erhöhung der Förderkapazitäten</h3> <ul style="list-style-type: none">• Bau und Erneuerung von Förderbrunnen• Neubau der Wasserwerke Jungfernheide und Johannisthal - hilft dabei, den Grundwasserkörper gleichmäßiger in Anspruch zu nehmen• Technische Optimierung	 <h3>Erhöhung der Robustheit des Systems</h3> <ul style="list-style-type: none">• Schaffung von Redundanzen• Neubau von UV-Desinfektionsanlagen• Länderübergreifende Kooperationen in der Region, u.a. durch Initiative Trinkwasserversorgung in der Metropolregion weiter ausbauen
---	--	--

4

Einiges zu Maßnahmen zur Sicherung der Trinkwasserversorgung: Was tun wir? – Wir versuchen, ausreichend Wasser zu bekommen. Das heißt auch, dass die Wasserführung der Spree und der Havel ausreichend sind, dass wir die Stauhaltung in Berlin stabilisieren. Das heißt, das Wasser wird in Berlin gehalten, damit wir auch Dürreperioden gut abfedern können.

Noch ein Hinweis: 30 Millionen Kubikmeter Wasser könnten wir in Berlin nutzen, wenn sie nicht mit Altlasten belastet wären. Hier gilt es also nachzulegen, zu arbeiten, Personal zu beschaffen, Fördermittel zu requirieren und Geld bereitzustellen, dass das so schnell wie möglich gemacht wird, denn das ist eine gute Ressource, die sich unter Umständen dann nach der Reinigung ergeben kann.

Zu den Förderkapazitäten: Es werden neue Wasserwerke gebaut, und zwar nicht, um die Summe an Trinkwasser für die Stadt insgesamt zu erhöhen, sondern das Ziel ist mehr, das Wasser, also die Förderung, besser in der Stadt zu gewährleisten, aber auch den Grundwasserkörper zu entlasten, dass wir nicht punktuell große Absenkungen haben, sondern diese Absenkungen eher über Berlin verteilen.

Ganz zum Schluss fehlt auch noch ein bisschen die Robustheit des Systems. Das muss auch gemacht werden. Der Wassertropfen macht nicht an der Stadtgrenze nicht halt. Das heißt, wir brauchen eine ganz starke Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg, damit über die Kooperation das Wasser so verteilt werden kann, dass es für alle reicht.

Fokus Grundwasser

Herausforderungen



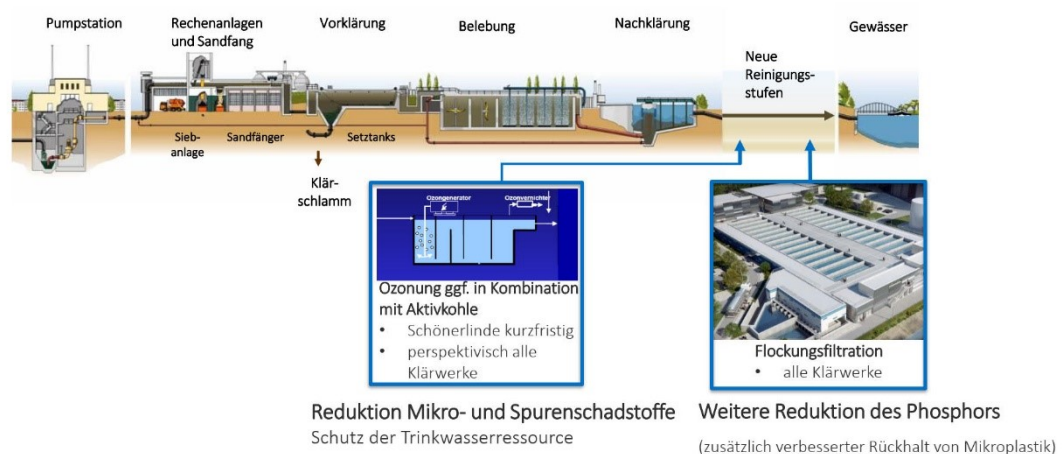
- Aufgrund des Klimawandels besteht das **Risiko langfristig sinkender Grundwasserneubildungsraten**, also zurückgehender Wasserressourcen. Gleichzeitig erwarten wir einen **steigenden Wasserbedarf** (wachsende Metropolregion, steigender Bewässerungsbedarf, Industriensiedlungen). Deshalb regen wir zum behutsamen Umgang mit Wasser an.
- Die Wasserversorgung mit Grundwasser wird über Uferfiltration und Grundwasseranreicherung aktiv gesteuert und schont somit die grundwasserabhängigen Biotope. Die Ausweitung der Grundwasseranreicherung ist jedoch durch die **Qualität der Spree** limitiert (Sulfat aus dem Braunkohletagebau).
- **Altlasten** im gesamten Stadtgebiet schränken die Trinkwasserversorgung ein. Die Fortsetzung und Intensivierung der Altlastensanierung ist erforderlich (Finanzierung und Personal).
- Grundwasserstände werden auch von klimatischen Entwicklungen beeinflusst und können nicht garantiert werden. Wo erfolgversprechend, führen wir Pilotprojekte zur künstlichen Vernässung durch (Moorberegnung Barssee).

7 |

Ich würde mit Blick auf die Zeit, meine fünf Minuten, sagen, dass ich, glaube ich, alles gesagt habe. Die Grundwasserneubildungsraten, das wissen wir, sinken. Deswegen müssen wir ein ganz großes Augenmerk auf den Wasserkreislauf legen. Ich hatte über die Altlasten geredet und auch darüber, dass die Grundwasserstände aufgrund der klimatischen Entwicklungen mächtig unter Druck geraten.

Wasserrahmenrichtlinie - Klärwerke

WRRL und Nährstoffkonzept Berlin & Brandenburg

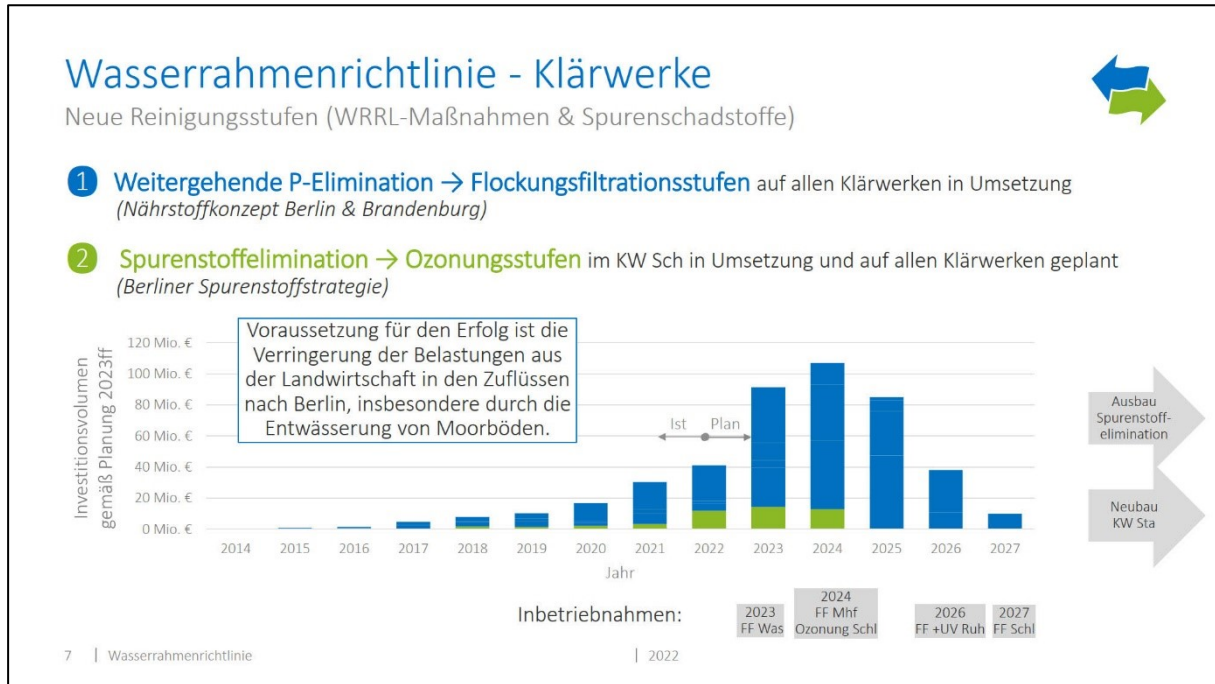


6 | Wasserrahmenrichtlinie

| 2022

Ich gehe mal auf die Klärwerke über. Was tun wir? – Hinter allem steht auch immer der „Masterplan Wasser“ des Senats; das muss man auch sagen. Zum Nährstoffkonzept Berlin-

Brandenburg und dazu, was wir in den Kläranlagen tun: Der Wasserkreislauf ist vor Mikro- und Schadstoffen, Spurenstoffen, wie Arzneimitteln, zu schützen. Zusätzlich braucht es eine Flockenfiltration, um weiter eine Nährstoffreduktion in den Kläranlagen zu bekommen. Wie gesagt, das kommt immer dem Wasserkreislauf zugute, auch hier in Berlin.



Hier sehen Sie einen kurzen Zeitplan: Zum einen soll die Flockenfiltration im Klärwerk Waßmannsdorf im Jahr 2023 in Betrieb gehen. Ozonung: Die Spurenstoffelimination für die Kläranlage Schönerlinde ist 2024 fertig. Sie sehen 2026 die Flockenfiltration und die UV-Desinfektion für die Kläranlage Ruhleben. Sie sehen auch für das Klärwerk Schönerlinde eine Flockungsfiltration Ende 2027. Sie sehen also, dass es einen Zeitstrahl gibt. All das, wie gesagt, kommt der Wasserqualität und auch unserem Wasserkreislauf zugute.

Wasserrahmenrichtlinie - Entwässerungssystem

Gewässergüteprogramme und Berliner Regenwasseragentur (Schwammstadt)

Mischkanalisation
errichtet vor 150 Jahren (historisches Erbe)

Stauraumprogramm (rd. 300.000 m³ bis 2025) zur Reduzierung Mischwasserüberläufe

Regenkanalisation
getrennte Ableitung Schmutzwasser und Regenwasser

Gewässergüteprogramm ab 2025 zentrale Behandlung von Regenwasser

Dezentrale Regenwasserbewirtschaftung
Abwassersysteme entlasten, Regenwasser als Ressource (Abgeordnetenhausbeschluss 2017)

weg von der Entwässerung -

dezentrale Regenwasserbewirtschaftung beim Bauen, Abkopplung im Bestand

8 | Wasserrahmenrichtlinie | 2022

Ein Blick auf die Entwässerungssysteme in Berlin, eine Mischkanalisation, wo Regenwasser und häusliches Abwasser zusammengefasst werden: Das ist etwas, was man heute so nicht mehr tun würde. Es ist aber leider so. Hier wird versucht, die Mischwasserüberläufe über ein großes Stauraumprogramm aufzufangen. Sie haben vorhin gehört, dass man große Behälter in die Erde baut, wo das Wasser aufgefangen wird, damit es nicht zu diesen Überläufen kommt. Das passiert. Bis 2025 sind 300 000 Kubikmeter an Stauraum vorgesehen. Regenkanalisation: auch hier die zentrale Behandlung von Regenwasser, dort, wo wir etwas in den Trennsystemen ableiten müssen. Was ganz wichtig ist, ist der dritte Punkt, die dezentrale Regenwasserbewirtschaftung. Das ist das, was wir im ganz Großen mit Schwammstadt meinen. Wir versuchen, das Wasser in der Region zu halten, es nicht abfließen zu lassen. Das hilft uns bei Dürren und kompensiert ein bisschen das, was wir jetzt erleben: Es regnet zwar, aber es regnet immer zu den falschen Zeiten. Insofern kann uns das wirklich helfen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und stehe dann am Ende für Fragen zur Verfügung. Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Feddern! – Das Wort hat jetzt Frau Fehlenberg. – Bitte schön!

Verena Fehlenberg (Wassernetz-Initiative Berlin e. V.): Vielen Dank für die Einladung! Wir haben Ihnen unser Forderungspapier vorgelegt, und wir möchten heute die Gelegenheit nutzen, Ihnen anhand eines konkreten Beispiels, was aber für die mehr als 700 Gewässer in Berlin steht, exemplarisch aufzuzeigen, woran die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie unserer Meinung nach hakt.



Wir haben Ihnen als Fallbeispiel den Waldsee mitgebracht, ein stilles Kleingewässer in Berlin-Zehlendorf zwischen Argentinischer Allee und Schlachtensee. In den Waldsee wird an insgesamt drei Einleitungspunkten Regenwasser aus dem gesamten Siedlungsgebiet eingeleitet, und dieses Regenwasser ist sehr nähr- und schadstoffbelastet, insbesondere von der Argentinischen Allee – hier fahren täglich 15 000 bis 20 000 Autos. Das führt dazu, dass der Waldsee sehr belastet ist. Wir haben eine Algenblüte. Der See sedimentiert zu. Deswegen ist der Waldsee sehr stark abhängig vom Wasser aus dem Schlachtensee, was hier künstlich zugefügt wird. Das macht in etwa 60 Prozent des Waldsees aus.



Warum ist hier bisher so wenig passiert? – Wir haben einerseits sehr komplizierte Verantwortungsstrukturen. Die Senatsverwaltung sagt, seit der Bezirksreform ist der Bezirk für stehende Kleingewässer zuständig. Der Bezirk sagt: Ja, aber bei dem Problem geht es um eine kanalgebundene Maßnahme, sprich: Hier muss die Senatsverwaltung das Geld zur Verfügung stellen und die Berliner Wasserbetriebe beauftragen –, und die Berliner Wasserbetriebe sagen: Wir sind nur der Dienstleister. – Sie bekommen aber gleichzeitig die Genehmigung und viel Geld vom Bezirk, um das Regenwasser einleiten zu dürfen, Geld, das man in unseren Augen auch für eine Vorklärung nutzen könnte.

Wir haben eine unsichere Finanzierung. Das heißt, mit jedem Doppelhaushalt muss neu um Gelder gekämpft werden. Dann ist es auch so, dass mit der Bezirksreform zwar die Rechts- und Fachaufsicht an die Bezirke gingen, aber wirklich nie Geld für die Unterhaltung der Kleingewässer. Beim Gewässergütebauprogramm der Senatsverwaltung ist es so, dass sich das derzeit nur auf die Mischwasserkanalisation bezieht. Der Waldsee befindet sich aber im Einzugsgebiet der Trennwasserkanalisation.


Wir haben auch einen Mangel an übergeordneten und integrativen Planungen. Es gibt um den Waldsee herum keine Fläche mehr, um eine Filteranlage zu bauen, auch nicht in den umliegenden Gebieten, weil alles zugebaut wurde.

Dann ist es so, dass die Trinkwasserförderung am Standort Beelitzhof zu einer massiven Absenkung des Grundwasserspiegels geführt hat. Das heißt, der Waldsee wird gar nicht mehr über Grundwasser gespeist und ist daher sehr abhängig von den Regenwassereinleitungen. Man muss dazu sagen, dass der Waldsee ein ehemaliges Moor ist, das heißt, grundwasserspeist, und das zeigt, wie massiv wir in den Wasserhaushalt eingreifen und die Moore schädigen. Die Berliner Landesarbeitsgemeinschaft führt in dieser Sache gerade eine Klage gegen die Senatsverwaltung.

Dann gibt es am Waldsee kein Verkehrskonzept, gerade was die Argentinischer Allee betrifft. Wenn man hier den Autoverkehr etwas senken würde, würde man die Schadstoffbelastung besser in den Griff bekommen.


Wir haben eine Lücke in der Maßnahmenplanung, denn die Planung erfolgt nicht für Kleingewässer. Sie werden also in der Maßnahmenplanung nicht berücksichtigt. Das ist ein Problem, denn Kleingewässer haben auch einen Einfluss auf andere Gewässer. So sickert das Waldseewasser auch in das Grundwasser.

**Aktueller Länderbericht der Senatsverwaltung:
lessons learned?**



- Keine Hemmnisanalyse
- Keine Angaben dazu, wie man den Umsetzungsdefiziten begegnen will
- Keine Kostenanalyse, um Maßnahmen umzusetzen

Wir brauchen dringend einen Aktionsplan!



Hier sehen Sie den aktuellen Länderbericht der Senatsverwaltung, der Zeugnis darüber ablegt, wie weit man mit der Umsetzung ist. Die Frage ist, ob die beschriebenen Probleme aufgelistet sind. Wir müssen das leider mit Nein beantworten. Hier fehlt eine Analyse der Hemmnisse: Woran hakt es ganz konkret? Wie möchte man diese Defizite angehen? Es fehlt auch eine Kostenanalyse: Wie viel Geld bräuchten wir eigentlich, um die Maßnahmen komplett umsetzen zu können? – Deswegen noch mal unsere Forderung: Wir brauchen wirklich dringend einen Aktionsplan, der diese Defizite analysiert und angeht.

Zum Schluss: Der Waldsee ist nur ein Beispiel. Wenn Sie an die Panke denken, das Pilotgewässer – 2019 wurde das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen –, ist es aber so, dass seit 2012 wieder Abwasser aus dem Klärwerk Schönerlinde verstärkt in die Panke eingeleitet wird, und das bedeutet, dass diese Planungen zum Teil wieder neu aufgerollt und angepasst werden müssen. Das heißt, hier ist völlig unklar, wann die Ziele für die Panke erreicht werden.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!



Braucht es jetzt noch diesen Masterplan Wasser?

Verena Fehlenberg, Christian Schweer, Projektkoordination Wassernetz-Initiative

BUND
FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Noch eine letzte Frage zum Schluss: Berlin hat sehr viele Strategiepapiere. Es gibt die Wasserrahmenrichtlinie. Die Frage ist: Braucht es jetzt wirklich noch diesen Masterplan Wasser, der zusätzlich Personal und Ressourcen bindet? – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Fehlenberg! – Jetzt kommen wir zur Aussprache. – Herr Reifschneider! Sie haben das Wort.

Felix Reifschneider (FDP): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Vor allen Dingen herzlichen Dank an die Vortragenden! Das war als schneller Einstieg sehr informativ. Meine erste Anmerkung geht an Herrn Feddern. Sie hatten gemeint, die Aufgabenerfüllung der BWB hängt auch an der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Jetzt frage ich mich, weshalb die BWB nicht mehr eigene Mittel nutzt, um den Gewässerzustand zu verbessern, denn Sie führen jedes Jahr recht hohe Gewinne an das Land ab, aber wenn Sie sagen: Wir müssen unseren Auftrag der Wasserversorgung erfüllen, und dazu brauchen wir saubere Gewässer –, könnten Sie einen Teil dieser potenziellen Gewinne durch höhere Ausgaben reduzieren. Warum geht das nicht?

An den Senat mit Blick auf die gemeinsame Landesplanung: In welchen Sitzungen, an denen der Senat in den letzten Jahren teilgenommen hat, ging es um die Verbesserung der Wasserqualität? Wie funktioniert die Abstimmung der Länder? Gibt es beispielsweise noch die Arbeitsgemeinschaft von Bund und Ländern? Wie beteiligt sich der Senat daran? Mit Blick auf die Zuständigkeiten der Bezirke: Wie sind die Aktivitäten zwischen Land und Bezirken verzahnt? Und vor allen Dingen: Gibt es irgendein Verfahren, in dem Zuständigkeitsfragen geklärt werden, wenn – wie wir es beim Waldsee gehört haben – die einen auf den anderen zeigen? Gibt es ein Verfahren, in dem solche Zuständigkeitsfragen abschließend geklärt und verbindlich gemacht werden?

An den BUND: Gibt es analog zur Baumpflege einen Richtwert, wie viel Euro pro Quadratmeter Seefläche oder irgendeinen anderen Indikator man eigentlich für die Gewässerpflege einsetzen müsste, und wie hoch wäre das im Vergleich zu dem, was tatsächlich zur Verfügung steht?

Sie haben schon in der Vergangenheit auf Abstimmungsprobleme zwischen einzelnen Senatsabteilungen zur Wasserwirtschaft, Tiefbau und Naturschutz hingewiesen. Den Senat gefragt: In welchem Mechanismus lösen Sie denn solche Zielkonflikte zwischen den einzelnen Senatsverwaltungen oder Senatsarbeitsbereichen?

Dann geht es mir um die Regenwasserentwässerung auf öffentlicher Fläche, weil das auch kam: Was haben Sie als BWB und als BUND für Vorstellungen, wie man diese Regenwasserentwässerung öffentlicher Flächen, beispielsweise von Gehwegen oder Straßen, verbessern könnte? Welche Maßnahmen oder gegebenenfalls rechtliche Änderungen wären dazu erforderlich, dass mehr Wasser vor Ort versickert? Ist es möglich, zum Beispiel Niederschlagswasser wenigstens grob vorzuklären, bevor es in Kleingewässer eingeleitet wird?

An die BWB – das weiß ich wirklich nicht –: Haben Sie einen wissenschaftlichen Beirat, der Ihre Geschäftstätigkeit oder Ihre Arbeit mit Blick auf Wassergüte und so etwas unterstützt?

Da wir immer wieder hören, dass die Personalkapazitäten in der Verwaltung begrenzt seien, könnte bei der Planung oder Bewertung von Maßnahmen beispielsweise ein staatlich anerkannter Umweltingenieur unterstützend tätig sein, um Sie in der Verwaltung ein Stück weit zu entlasten?

Konkret zur Panke: Frau Fehlenberg! Sie hatten gerade gesagt, dass jetzt wieder mehr Wasser aus der Kläranlage in Schönerlinde in die Panke eingeleitet wird. Können Sie oder die BWB uns erklären, warum das so ist? Ich weiß, das Bezirksamt warnt vor dem illegalen Planschen im Schlosspark, weil die Fäkalbelastung teilweise so hoch ist, dass eine Gesundheitsgefährdung der Kinder, die manchmal dort planschen, nicht ausgeschlossen werden kann. Warum wird dort wieder mehr Abwasser eingeleitet? Ist das ein vorübergehender Zustand, oder ist das eine Maßnahme, die auf Dauer für die nächsten Jahre gestellt sein wird? – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Reifschneider! – Frau Wolff, bitte!

Dunja Wolff (SPD): Vielen herzlichen Dank! – Ich habe eine Frage an die Wasserbetriebe. Herr Feddern! Mich würde interessieren: Es wird zum Sparen aufgerufen. Gleichzeitig habe ich immer wieder gehört, dass die Verkeimung dieser Abwasserrohranlagen ein Problem sein sollte. Ich weiß nicht, inwieweit das immer noch der Fall ist und inwieweit bekommt sich das gegenseitig, Sparen und auf der anderen Seite eine Verkeimung, wenn nicht genug Wasser durch die Systeme rinnt. Das würde mich interessieren.

Das Zweite, was mich sehr interessiert, ist die Pharmaindustrie. Die Pharmaindustrie ist ein wesentlicher Bestandteil von dem, was Wasser verunreinigen kann, und zwar so im Detail, dass Sie gerade gesagt haben, dass Sie dazu eine Sonderklärung möglich machen wollen, aber trotzdem: Inwieweit ist es wichtig, das Wasser nicht nur zu klären, sondern auch der Pharmaindustrie Einhalt zu gebieten, dass man anders damit umgeht und anders dabei vorgeht? Wie verhält sich das zum Beispiel in der Nähe von Krankenhäusern? Dort haben wir eine ganz

andere Situation durch den Zustand der Untersuchungen und so weiter und so fort. Die nächste Frage, die wieder darauf zielt, wäre, wie weit sich das schon auf die Tierwelt, auf die Wassertierwelt, ausgewirkt? Hat es dazu Untersuchungen gegeben? Ich habe mal gehört, dass es sogar Fische geben soll, die mehr weibliche Hormone mit sich führen als alles andere. Das ist kein unwesentlicher Faktor, wie sich das auswirken kann. Das würde mich an dieser Stelle interessieren. – Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Wolff! – Frau Lerch! Sie sind dran.

Nina Lerch (SPD): Danke, Herr Vorsitzender! – Danke an die Anzuhörenden! Ich habe zwei Fragen, die auch in Richtung der Fragen von Herrn Reifschneider gehen, nämlich zur Zukunft der Kleingewässer. Ich war unlängst mit den Stadtnatur-Rangern in den Britzer Pfuhlen unterwegs. Das Leben der Pfuhe hängt mittelfristig davon ab, ob dort Wasser eingeleitet werden kann, damit sie nicht austrocknen. Wenn wir dann Wasser einleiten, müssen wir es sicherlich vorfiltern. Die Frage geht eher an die Senatsverwaltung: Gibt es dazu Überlegungen? Sind die Pfuhe komplett abgekoppelt, weil es Bezirkssache ist? Ist man im Gespräch mit den BWB? Wie können solche Vorfiltermöglichkeiten aussehen? Gibt es Konzepte, das flächendeckend oder bei ganz kritischen Pfuhlen schon vorzunehmen, oder lassen wir sie austrocknen? – Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Lerch! – Herr Lux, bitte!

Benedikt Lux (GRÜNE): Vielen Dank für die Initiative und die Vorträge hier! Ich wollte auf das Beispiel Waldsee zurückkommen. Wir haben ungefähr 400 Kleingewässer in Berlin, die alle ihre unterschiedlichen Probleme haben. Meine Frage ist: Gibt es einen dauerhaften Diskurs mit den Wasserbetrieben und den jeweiligen Bezirksämtern, was an dem einzelnen See zu tun ist, damit es nicht zu diesen Verunreinigungen über die Straße oder auch durch Abwasser kommt? Wie sehen Sie das bei den BWB? Ich habe verstanden, dass Ihre Priorität bei den größeren Gewerken liegt. – Vielen Dank für die Einladung zur Eröffnung der Phosphorrückgewinnungsanlage beim Klärwerk Waßmannsdorf! – Vielleicht können Sie dazu sagen, wann Sie dort eine echte Phosphorrückgewinnung schaffen wollen, beziehungsweise kommt es auch auf das EU-Recht an, bis wann das Verfahren festgestellt ist.

Ich hätte schon die Erwartung, wenn die BWB für die Kleingewässer nicht gesetzlich zuständig sind – wofür schon etwas spricht, weil Sie anders als die Bezirksämter operativ gut aufgestellt sind –, dann könnte man doch zumindest aus der Wasserrahmenrichtlinie so etwas wie ein gesetzliches Verbot herauslesen, das ein öffentliches Unternehmen bindet, den Zustand von Gewässern nicht weiter zu verschlechtern. In dem Sinne gibt es keinen Bestandsschutz nach dem Motto: Wir haben dort schon immer einen Kanal oder irgendeine Zufuhr gehabt, und deswegen benutzen wir die auch –, sondern dass der gesetzliche Auftrag, zumindest mittelbar, bindend sein müsste: Wir bauen dort jetzt ein Rückhaltebecken oder ein technisches Ding rein, damit nicht so eine starke Verunreinigung kommt. Dafür sind Sie der Experte. Ich kann das technisch nicht erklären, ich nähere mich juristisch.

Diesbezüglich will ich die Senatsverwaltung, aber auch den BUND fragen: Im Raum stehen entweder Fristverlängerungen oder Vertragsverletzungsverfahren. Wie ist da der aktuelle Stand? Auf eine Schriftliche Anfrage von mir vor etwas mehr als einem halben Jahr haben Sie geantwortet, man erwägt Fristverlängerungen. Das sehe ich zwiespältig, denn für die Sache

fände ich es eigentlich gut, wenn die Wasserrahmenrichtlinie scharfgestellt wird. Als Berliner Abgeordneter freue ich mich, wenn wir eine Fristverlängerung kriegen könnten.

Vielleicht mal den BUND gefragt: Sie haben gemeinsam mit dem NABU bereits 2017 bemängelt, dass Deutschland wohl eines schwächeren Länder ist, was den Gewässerschutz angeht, aber ich habe im Netz keine Antwort der Europäischen Kommission darauf gefunden. Gibt es die? Hat sich daraufhin etwas verbessert? Womit rechnen Sie, oder was werden Sie noch ergreifen, um der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie mehr Geltung zu verschaffen? Dazu auch die Frage, wie die Beteiligung der Öffentlichkeit noch mehr gefördert werden kann, so, wie Anfang September, aber noch breiter und dauerhafter aufgestellt.

Frau Fehlenberg! Sie hatten es vorhin in Bezug auf die grundwasserabhängigen Wälder und Moore im Einzugsgebiet von Wasserwerken angedeutet. Was wäre da die Lösung und die Alternative? Was würden Sie sich vorstellen, um die beiden Interessen, Wasserversorgung, Aufbereitung und Gewässerschutz, in einen guten Einklang zu bringen?

Eine Frage noch an die Wasserbetriebe zu den Altlasten. Vielleicht können Sie das noch ausführen: Wo müsste man prioritär ran, um einen größtmöglichen Effekt zu haben im Sinne von einem guten Einsatz der begrenzten Mittel? Zweitens, eine praktische Frage eher End-of-Pipe: Ich habe das mal bei der Bäke beobachtet, ich glaube, bei anderen Kleingewässern auch: Dort haben Sie ein Auto, einen Laster, das entschlammt und die Schadstoffe aus dem Gewässer herausholt, wenn ich das richtig wahrnehme. Das ist eine Hilfestellung, um ganz praktisch die Gewässer wieder etwas aufzubessern. Meine Frage ist: Wenn Sie schon so ein tolles Auto haben, fährt das jeden Tag herum? Ist das ausgebucht, von mir aus auch in der dritten Schicht? Wer kann darauf zugreifen, beziehungsweise wären Modelle vorstellbar, dass im weitesten Sinne die öffentliche Hand solche Ressourcen gut und dauerhaft einsetzt? – Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Lux! – Herr Hansel, bitte!

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank! – Ich wollte die Frage von Frau Wolff aufgreifen und stark machen. Das war nämlich auch meine, Herr Feddern, die Dialektik zwischen Verbrauch und den Leitungen. Vor ein paar Jahren hat man gesagt, dass wir eigentlich zu wenig Wasser verbrauchen, weil dann die Leitungen problematisch sind. Um die Frage geht es. Was empfehlen Sie an diesem Punkt?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Hansel! – Frau Gennburg, bitte!

Katalin Gennburg (LINKE): Vielen Dank an die Anzuhörenden! – Als Sprecherin für Stadtentwicklung ist mein Zugang zu dem Thema vor allem mit dem Thema Siedlungsentwicklung und Stadterweiterung verbunden. Es ist heute noch einmal deutlich geworden, dass der große Elefant im Raum das Thema „Bauen, bauen, bauen“ ist.

Die Siedlungsentwicklung kann man zum Beispiel beim Thema Faule Spree und Wasserwerk Jungfernheide besprechen. Ich habe dazu eine Anfrage an den Senat gestellt. Die Wiederinbetriebnahme steht in Rede. Mir wurde aber von Experten zugesteckt, dass das ein massiver Eingriff in das Landschaftsschutzgebiet ist. Hier die konkrete Frage sowohl an die Anzuhörenden als auch an die Senatsverwaltung: Wie wird denn dieser Konflikt aufgelöst? Wir hatten bei den Besuchen bei den Wasserbetriebe schon mehrfach gehört, dass die Siedlungsent-

wicklung von vorfindbaren Wasservorräten abhängig ist. So, wie Platz auf einem begrenzten Planeten endlich ist, ist auch Wasser endlich. Deswegen ist die daran angehängte Frage zum Thema Stadtumbau nicht nur in Zeiten der Klimakrise, aber jetzt vor allem mit etwas mehr Radikalität, bitte schön – da haben wir das Thema Schwammstadt, und da wäre meine ganz konkrete Frage: Was passiert denn konkret? Vom Bausenat höre ich immer, dass jetzt alles Schwammstadt werden soll. Wie konkret sind denn die Fortschritte? Hat die SenUMVK dort konkreten Zugang, Mitsprache und Interventionsmöglichkeiten, um das Thema zu beschleunigen? Wie sehen Sie die Sache? Ist da mehr drin als schöne Worte?

Zum ganze Thema der Planwerke, die im Bereich Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen existieren wäre meine Frage, wie die angepasst werden müssen. Welche Überschneidungen haben wir hier? Wo müssen wir stärker in die Regulierung reingehen? Im Baubereich sind vielfältige Gesetze vorhanden. Wie können wir das Wasser schonen, indem wir im Baubereich anders regulieren und in der Stadtplanung anders eingreifen?

Zu den Investitionen in den Umbau und die Renaturierung würde mich interessieren: Wir haben das ein Thema, dass wir präventiv für die Zukunft anders bauen und planen, und dann haben wir das Thema, dass wir konkret Stadt umbauen müssen, Straßen zurückbauen, Autobahnen zurückbauen, denn dann haben wir das Thema der Investitionen in den Umbau der schlechten Gewässerqualität. Da wäre meine Frage: Sie vom BUND plädieren sehr stark für ein Oberflächenwasserentnahmeentgelt. Vielleicht können Sie dazu etwas sagen, wie Sie denken, besser haushalten zu können, dieses Geld zu investieren.

Dann würde mich von den Berliner Wasserbetrieben interessieren: Diese Niederschlagswassergebühr ist ein Thema, über das ich noch nicht viel weiß. Könnten Sie noch sagen, wie viel das ist und wofür es wiederverwendet wird? – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Gennburg! – Als Nächster ist Herr Freymark auf der Redeliste, und ich habe mich auch auf die Liste setzen lassen. – Herr Freymark, bitte!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich habe bewusst gewartet, was aus der Koalition zusätzlich kommt zu dem, was wir schon wissen. Ich halte einmal fest, Frau Staatssekretärin: Wir haben sehr starke Wasserbetriebe, die offensichtlich enorme Gewinne erwirtschaften und dieses Geld an das Land Berlin abführen, die offensichtlich personell oft in der Lage sind, gut und schnell zu reagieren, zumindest in meiner Wahrnehmung, und die, das hat Herr Feddern ausgeführt, sehr ambitionierte Pläne bei der Schaffung von Stauraumkapazitäten et cetera haben, bei denen wir sie unterstützen, also ein guter Partner.

Dann haben wir die Bezirke, die oft die Zuständigkeiten haben, die aber in jeder Schriftlichen Anfrage und in jedem persönlichen Gespräch sagen: Das können wir eigentlich nicht leisten. Wir sind überfordert. Wir haben nicht das Personal. Wir haben nicht die Kompetenz, und wir haben nicht das Geld. – Dann haben wir die Senatsverwaltung, bei der das alles zusammenläuft und bei der wir regelmäßig im Umweltausschuss die Gelegenheit haben, uns persönlich auszutauschen. Da stellt sich für mich schon die Frage: Haben wir einen wirklich guten Überblick über alle Gewässer in Berlin nicht nur in ihrer Beschaffenheit, sondern auch in ihrer Qualität, ökologisch wie chemisch et cetera? Könnten wir heute, Stand heute, mit einer Schriftlichen Anfrage uns zu jedem Gewässer detailliert sagen lassen: Das ist gut, das ist

schlecht, und das muss noch getan werden? – Haben wir diesen Kenntnisstand? Hätten Sie den Stand heute?

Weil die Anzuhörenden sehr deutlich gemacht haben, was sie sich wünschen, zum Beispiel einen Aktionsplan, Frau Fehlenberg: Was wünschen Sie sich dort konkret? Sie haben gesagt, der Masterplan ist eigentlich nicht das Mittel, das Sie zur Hand brauchen, sondern Sie wünschen sich einen Aktionsplan. Geht das in die Richtung, dass Sie sich für jedes Gewässer ganz genau wünschen würden, was getan wird, durch wen, wann usw.? Führen Sie das bitte gern noch einmal aus.

Liebe Frau Staatssekretärin! Wir haben mit dem Wassernetz Berlin, was ein Verbund von vielen Trägerinnen und Trägern in Berlin ist, kompetente, motivierte Partner. Werden die eingebunden? Es ist womöglich eine Idee, nicht darauf zu warten, dass wir vielleicht einmal im Jahr hier eine Anhörung organisieren, sondern dass die Forderungen, die im Raum stehen, die auch ihre Notwendigkeit haben – das hat jede Vertreterin und jeder Vertreter der Koalitionsfraktionen zum Ausdruck gebracht –, mit einfließen, dass Sie diese Kompetenz auf der einen Seite nutzen, dass Sie auf der anderen Seite aber auch auf Kritik eingehen und die nutzbar machen, vielleicht auch gegenüber anderen Senatsverwaltungen, dass wir zum Beispiel, wenn es um das Thema Geld und Personal geht, gute Argumente an der Hand haben. Da unterstützen wir Sie gern im Senat. – Das waren die Punkte, die mir besonders wichtig waren. Ich gucke gerade, ob ich noch etwas vergessen habe. – Nein, das sind die aus meiner Sicht allerwichtigsten Punkte gewesen. Ich freue mich auf die Debatte.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Freymark! – Ich möchte jetzt meine Rolle vom Ausschussvorsitzenden zum Sprecher der Grünen-Fraktion für Naturschutz wechseln.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE): Ich habe drei Fragen, zwei an Herrn Feddern und eine Frage an die Initiative. – Herr Feddern! Mich würde interessieren, wie die aktuelle Arbeit der Regenwasseragentur aussieht. Wir haben die in der letzten Legislaturperiode errichtet. Hier geht es um die Gewinnung des Regenwassers. Wie ist die Zusammenarbeit mit den Bezirken, was das Entsiegeln und Umwidmen betrifft? Wie Sie wissen, haben wir den Bezirken für dieses Jahr 10 Millionen Euro und für das nächste Jahr 20 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Da würde mich interessieren, inwieweit die Regenwasseragentur beziehungsweise Ihre Einrichtung mit den Bezirken zusammenarbeitet und sie unterstützt.

Die zweite Frage wäre der Abwassernachweis der Coronaviren als Frühwarnsystem. Das würde mich interessieren.

Als dritten Punkt möchte ich gern von der Initiative wissen, wie Ihre Erfahrungen sind bezüglich der Übertragung der Verantwortung für die Kleingewässer in die Bezirke. Ich glaube, das war Anfang 2000. Welche Erfahrungen haben Sie damit gemacht? – Das waren meine Fragen, und ich wechsele wieder meine Rolle.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Ich habe jetzt keine Personen mehr auf der Rednerliste. Dann würde ich das Wort an die Anzuhörenden geben, und ich würde sagen, diesmal fangen wir mit Herrn Schweer an. – Sie haben das Wort.

Christian Schweer (Wassernetz-Initiative Berlin e. V.): Vielen Dank für die Fragen! Ich versuche, die peu à peu zu beantworten. Sie hatten aber auch einige Fragen gezielt an Frau Fehlenberg gestellt.

Herr Reifschneider! Eine Frage war, wie viel es überhaupt kostet, ein Gewässer zu renaturieren. Wir haben Angaben vom Umweltbundesamt, die sagen, das kann 10 Euro pro Meter sein, es können aber auch 600 Euro und mehr sein. Auf dieses Mehr möchten wir zu sprechen kommen. An der Panke haben wir gesehen, dass dort jeder Meter 1 600 Euro kostet. Das hängt sicher auch damit zusammen, dass es hier in Berlin ein bisschen schwieriger ist, das alles zu organisieren und umzusetzen. Man muss zum Teil auch Gewässergrundstücke kaufen. Das treibt den Preis in die Höhe.

Dann hatten Sie die Frage gestellt, was man von rechtlicher Seite machen kann, um zur Entsigelung beizutragen. Ich muss Ihnen ehrlich gestehen, dass ich der falsche Ansprechpartner bin. Ich hätte mir gewünscht, dass wir hier auch einen Vertreter oder eine Vertreterin der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung haben, die sicherlich viel kompetenter sind, das zu beantworten. Wir können nur sagen: Es gibt die Begrenzung von Regenwassereinleitung bei Bauvorhaben – BReWa-BE –. Das gilt meines Wissens nur für neue Bebauungen. Wir finden, es müsste auch etwas für den Bestand geben, wo man ran müsste, und wichtig sind die Planungen selbst, wie die Flächennutzungsplanung, Bebauungsplanung, wo man auch entsprechende Auflagen festlegen könnte.

Die nächste Frage war, warum es Einleitungen in die Panke gibt. Das hängt damit zusammen, dass die normalerweise in den Tegeler See gehen. In dem Einzugsbereich wird auch Wasser entnommen, und aufgrund der kritischen Situation der Wasserqualität kann man nicht weiterhin das belastete Klarwasser aus dem Wasserwerk Schönerlinde einleiten. Deswegen dachte man: Okay, wir leiten das jetzt vor allen Dingen in die Panke ein. Im Hinblick darauf, wie lange das noch gehen wird, denke ich, solange wir dieses Klärwerk Schönerlinde nicht umgerüstet haben – und das wird definitiv bis 2027 noch nicht der Fall sein, weil erst dann die Flokkungsfiltration soweit eingerichtet sein wird –, werden wir das Problem auch weiter haben. Interessant wäre für uns auch, wie man mit Mikroplastik umgeht, denn das bräuchte gegebenenfalls auch noch spezielle Filterungsverfahren, zum Beispiel Tuchfilter. Da bin ich aber, ehrlich gesagt, auch nicht wissend, was dazu geplant ist.

Die Antwort der EU-Kommission: Ja, auch, Herr Lux, eine sehr gute Frage. – Wir stehen in engem Austausch mit unseren europäischen Kollegen. Wir sind auch im europäischen Umweltbüro in der Water Working Group aktiv. Wir fragen da auch permanent nach. Wir wissen, dass die Kommission zwischenzeitlich alle Antworten bekommen hat, nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus anderen Mitgliedstaaten. Wir haben mitgenommen, dass man doch überlegt, von der Vorstufe in ein Vertragsverletzungsverfahren überzugehen. Obwohl, wie gesagt, das habe ich jetzt auch nur vom Hörensagen. Wir müssen uns da noch ein bisschen in Geduld üben.

Sie hatten auch gefragt: Was kann man zur Öffentlichkeitsbeteiligung machen? – Wir finden es erst einmal sehr wichtig, dass wieder Beteiligungswerkstätten stattfinden, und zwar für alle Gewässer. Um Ihnen hier ein Beispiel zu geben: Wir haben in Berlin bisher nur an fünf Gewässern Beteiligungswerkstätten gehabt, und das war bis 2015. Danach konnte das nicht mehr stattfinden. Die Stelle, die dafür verantwortlich war, eine sehr engagierte Mitarbeiterin in der Senatsumweltverwaltung, hat leider gewechselt. Seitdem ist die Stelle vakant. Hinterher wurde dafür auch kein Geld mehr eingeplant. Das heißt, wir haben da auch keinen Ansprechpartner. Es tut uns auch wirklich leid für die Behörde, dass man letztlich nur 5 Prozent der Zeit hat, um uns zu antworten, weil es tausend andere Sachen gibt, und wir daher dringend darum bitten, dass man dort mindestens eine Stelle wieder besetzt.

Eine andere Sache ist: Wir hatten gerade gehört, es gibt das Wassernetz. – Nein, das ist leider nicht der Fall. Wir sind weiterhin eine Wassernetz-Initiative. Wir zittern gerade einem Bescheid im Oktober entgegen, ob wir nun Geld bekommen oder nicht. Wir haben keine andere Möglichkeit, als über Stiftungen an Gelder heranzukommen. Man muss auch ein dickes Kompliment an die vielzähligen Verwaltungsmitarbeiter machen, mit denen zusammen wir schon 20 Gewässer gefunden haben, wo wir aktiv werden können. Dafür braucht es aber auch Geld, weil das sehr intensiv ist. Bei uns ist es so, wenn wir das nicht bekommen, wird sich weiter verzögern. Ich bin sehr neidisch auf unsere Kollegen in Nordrhein-Westfalen. Da wird das Wasserentnahmeentgelt auch dazu genutzt, zum Beispiel Nutzern eine Beratung sicherzustellen, aber auch der Zivilgesellschaft. Da gibt es nämlich ein Wassernetz, was durch die Einnahme des Wasserentnahmeentgelts mitfinanziert wird. Das ist, denke ich, gut eingesetztes Geld, denn wir sind wirklich kostengünstig.

Zur Grundwasserabsenkung im Einzugsgebiet der Wasserwerke: Ja, es gibt eine Alternative. Man könnte zum Beispiel Mindestgrundwasserstände festlegen. Das wäre eine Maßnahme. So etwas gibt es auch im Teufelsseemoor, wo man das ansatzweise gut gemacht hat. So etwas

müsste hier dann aber auch wasserrechtlich festgelegt werden. Deswegen fordern wir, dass eine rechtliche Initiative aus dem Abgeordnetenhaus kommt. Ich möchte in dem Zusammenhang darauf hinweisen, wie wichtig das ist. Wir haben zum Beispiel im Bereich des Barsees seit den Fünfzigerjahren eine Grundwasserabsenkung von vier Metern. Gerade in den Spitzenzeiten ist es so, dass doppelt so viel Wasser verbraucht wird, und das muss verhindert werden. In dem Zusammenhang müssen wir auch sagen, es wird immer als Referenz das Jahr 2000 genommen. Das ist aus der Wasserrahmenrichtlinie heraus nicht – ich habe sie Ihnen mal mitgebracht – lesbar. – Zweitens ist es wichtig, dass man Wasser spart. Wir denken, dass es jetzt zwar eine anlaufende Strategie gibt, Wasser zu sparen, aber ich finde, die kann man auf jeden Fall noch weiter ausbauen. Wir als Wassernetz-Initiative sind als Partner da, wo man gemeinsam auch gucken kann: Wo kann man Wasser sparen?

Ich leite jetzt über zu Frau Gennburg. Sie hatten zum Wasserentnahmeentgelt gefragt. – Ja, da gibt es auch Möglichkeiten, auch im Berliner Wassergesetz noch einmal ranzugehen, und zwar wird bisher nur das Grundwasserentnahmeentgelt erhoben. Ich denke, das ist an sich gut, aber es gibt Ausnahmen. Was wir kritisch sehen, ist, dass es eine Ausnahme über 6 000 Kubikmeter im Jahr gibt. Das muss man sich mal überlegen. Das sind 6 Millionen Liter pro Jahr. Das ist von über 120 Haushalten der Wasserverbrauch im Jahr, wo jeder, der einen Brunnen hat, Wasser entnehmen kann, ohne dass er ein Grundwasserentnahmeentgelt zahlen muss. Dazu kommt noch, dass wir noch kein Oberflächenwasserentnahmeentgelt haben, und wir haben hier große Verbraucher. Ich denke zum Beispiel an Reuter West. Wenn die Volllast fahren, dann verbrauchen die 1,5 Millionen Liter Wasser pro Stunde. Da sieht man, das ist nicht wenig. Insgesamt verbraucht der Energiebereich 320 Millionen Kubikmeter Wasser. Man muss dazu sagen, vieles wird wieder eingeleitet, leider aber auch in einem anderen Zustand, zum Teil überwärmt. Gegebenenfalls sind auch noch Schadstoffe drin wie zum Beispiel Biozide oder Algizide. Das muss man auch bedenken. Da kommt sicher auch einiges mehr an Geld zusammen.

Jetzt komme ich noch zur Zweckbindung. Leider ist es so, im Gegensatz zu Brandenburg oder Nordrhein-Westfalen, dass das Aufkommen aus diesem Entnahmeentgelt nicht zweckgebunden eingesetzt wird, sondern nur vordringlich. Vordringlich ist für uns aber auch immerhin mehr als 50 Prozent, aber de facto wird gerade nur ungefähr ein Drittel des Aufkommens für Maßnahmen des Gewässerschutzes eingesetzt. Frau Fehlenberg hat es auch gesagt: Es gibt bisher überhaupt keine wirklich konkrete Berechnung im Gegensatz zu anderen Bundesländern, was man überhaupt für die Wasserrahmenrichtlinie braucht. Klar ist aber, es wurden von der Senatsverwaltung für Umwelt 505 Millionen Euro eingeplant. Wir denken, das müsste mindestens das Doppelte sein, wenn man alle Gewässer und alle weiteren Erfordernisse hinzuzählt. Wir haben gerade 20 Millionen Euro. Mit dem ganzen Aufkommen, die wir jetzt haben, hätten wir um die 70 Millionen Euro. Mit den Niederschlagswassergebühren kommen wir auf fast 200 Millionen Euro. Man sieht, das wird nicht reichen, um alles letztlich zeitig umzusetzen. Eigentlich ist die Frist, um alles umzusetzen, das Jahr 2024.

Ich möchte in dem Zusammenhang noch einmal klar sagen, weil es hier um das Konstruktive geht: Wir sind alle wirklich bis oben voll mit Arbeit. Wir alle machen hier unsere Arbeit neben dem, was wir ohnehin machen müssen. Normalerweise machen wir unsere Arbeit irgendwann in den Nachtstunden. Sie wissen gar nicht, was das bedeutet, was man allein für ein Gewässer alles zu berücksichtigen hat, wo man den Kies hinschütten kann. Da rennt man von Pontius zu Pilatus, und das kostet alles. Ich bitte Sie, kommen Sie einmal mit zu einem Ge-

wässer, um zu sehen, was es da alles zu tun gibt, dass Sie ein Gefühl bekommen, was es bedeutet, ein Gewässer aufzuwerten und wie es ist, wenn Sie vor Ort sind und feststellen: In dem Gewässer sind 1 Milligramm Sauerstoff je Liter. Das ist für keinen Fisch genug. Das ist ein Todesurteil. Deswegen denke ich, kommen Sie mit zu einem unserer Treffen, damit Sie ein Gefühl dafür bekommen und dass wir gemeinsam Hand anlegen können. Ich denke, das ist auch ein starkes Zeichen für alle. – Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Schweer! – Frau Fehlenberg, Sie haben das Wort!

Verena Fehlenberg (Wassernetz-Initiative Berlin e. V.): Vielen Dank! – Es gab die Rückfrage: Was wollen wir eigentlich mit diesem Aktionsplan bewirken, und was soll eigentlich Inhalt sein? – Was ich versucht habe aufzuzeigen, ist, dass es gewisse Hemmnisse gibt. Das bedeutet, dass bestimmte Ressorts nicht zusammenarbeiten. Dieses Panke-Beispiel: 2012 hätte eigentlich schon diese vierte Reinigungsstufe kommen sollen. Sie ist aber bis heute nicht da. Jetzt gefährdet sie die Trinkwasserförderung am Wasserwerk Tegel, also leitet man jetzt wieder in die Panke ein. Das führt zu einer Verzögerung. Was diese Genehmigungsverfahren hinausgezögert, ist zum Beispiel, wenn ich ein Gewässer aufwerte, indem ich da Kies einbringe, ist die Frage: Ist das jetzt im Rahmen der Gewässerunterhaltung, also sprich: im normalen Tagesgeschäft möglich, oder ist das schon eine Gewässerausbaumaßnahme, die dann auch wieder ein aufwendiges Genehmigungsverfahren nach sich zieht? In Hamburg hat man es so gelöst, dass es eine Gewässerunterhaltung ist, also sprich: man braucht kein Verfahren. In Berlin brauche ich aber eines, und das liegt wieder daran, dass die zuständige Abteilung Angst hat, dass sie haftbar gemacht wird, dass es zu Hochwasserschäden kommt, für die sie ganz persönlich dann auch entsprechend haften muss. Das sind diese vielen kleinen Beispiele, die zu einer Verzögerung dieser Verfahren führen.

Was wir uns mit diesem Aktionsplan wünschen, ist, dass man genau diese Defizite aufarbeitet und sich Konzepte dafür überlegt. Was ich gesagt hatte mit der Argentinischen Allee: Muss man nicht überall dort, wo wir Regenrückhaltebecken haben, auch mal über ein anderes Verkehrskonzept nachdenken? Wie bekomme ich zum Beispiel den Autoverkehr auf weniger als 15 000 Autos runter, dass das Regenwasser erst gar nicht so belastet ist? Wie halte ich Flächen an Gewässern vor, um überhaupt Anlagen errichten zu können, damit das Wasser dort sauber einfließen kann? Das beschreibt, dass die Ressorts hier zusammenarbeiten müssen und dass die Wasserrahmenrichtlinie eine gewisse Priorität haben muss. Den Masterplan Wasser gibt es schon; den können wir nicht rückgängig machen, aber das, was wir sagen, ist: Das, was die Wasserrahmenrichtlinie verlangt, ist ein vollumfängliches Rechtsinstrument, das vollumfängliche Maßnahmen sowohl für das Grundwasser als auch für die Oberflächengewässer verlangt. Wir fragen uns zu diesem Masterplan Wasser, der viele Ressourcen gebunden hat, warum man sich nicht stattdessen auf die Wasserrahmenrichtlinie konzentriert hat.

Dann gab es noch die Frage zur Bezirksreform und die Übertragung an die Bezirke. – Wir haben einen Report erstellt; vielleicht ist er Ihnen bekannt. Das ist der Kleingewässerreport. Da ist es so, dass die Hälfte der Kleingewässer, die wir uns angeguckt haben, in einem sehr schlechten Zustand ist. Wir haben also einmal dieses Problem mit dem Wassermangel. Das ist definitiv ein Problem, aber was wir auch sehen, ist, dass wir ein Pflegedefizit haben. Das heißt, dass zum Beispiel Röhricht bis zur Gewässermitte wächst, weil man dieses Gewässer überhaupt nicht pflegt. Röhricht trinkt – in Anführungsstrichen – auch Wasser und führt dazu,

dass das Gewässer dann kein Wasser mehr enthält. Das, was wir von den Bezirken gespiegelt bekommen und was wir auch im Haushalt sehen, ist, dass überhaupt kein Geld für die Pflege dieser Gewässer eingestellt wird, oder wenn, viel zu wenig, mit der Begründung: Ja, wir haben zwar die Fach- und Rechtsaufsicht, aber man hat uns nie Geld dafür übertragen, das heißt, man kann diese Kleingewässer gar nicht unterhalten. Wenn man das zurückspiegelt, heißt es: Okay, wir haben das Blaue-Perlen-Programm. Damit soll vieles besser werden, aber auch da haben wir nur sehr wenige Pilotgewässer, die damit angegangen werden sollen. Man darf auch nicht vergessen, dieses Programm ist eine Ausgleichsmaßnahme, das heißt, es fällt im Grunde genommen Natur weg, und dann muss man irgendwie ausgleichen, und dann investiert man eben Geld in ein paar Kleingewässer. Das ist sinnvoll, das will ich nicht infrage stellen, aber es hilft den kleinen Gewässern in der Gänze nicht.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank, Frau Fehlenberg! – Herr Feddern, Sie haben jetzt das Wort!

Jens Feddern (BWB): Vielen Dank! – Bevor ich die ganzen Fragen beantworte, noch einen kleinen Hinweis zum Thema Waldsee. Das war das Beispiel von Ihnen. – In der Tat ist es so, dass das keine einfache Situation ist. Was wir als Wasserbetriebe machen – das kennen Sie vielleicht –, ist, dass es bei der Einleitung von Hofentwässerung, von versiegelten Flächen, die sogenannten Schlammfänge gibt. Die werden regelmäßig von uns gereinigt. Es gibt auch eine Schlammdeckenmessung im System, das man guckt: Wie viel Schlamm ist da? Wenn das zu viel wird, wird auch das gereinigt. Worauf es aber wirklich ankommt, ist, dass man eine Überleitung in den Waldsee hinein schafft. Beelitzhof beeinflusst mit seinem Absenktichter diese Region. Was hat man gemacht? – Schlachtensee, Krumme Lanke bis hoch zum Halensee werden künstlich mit Wasser angereichert, das aus dem Wannensee entnommen, gereinigt und dann in diese Seenkette eingeleitet wird. Damit stabilisieren wir dieses ganze System. Das hat auch etwas mit Grundwasseranreicherung zu tun. Sie erinnern sich an den Wasserkreislauf. Wenn wir den Waldsee an dieses System anschließen könnten, die Genehmigung muss das Bezirksamt Zehlendorf geben, dann hätte man einen Teil der Probleme, die Sie beschrieben haben, tatsächlich gelöst.

Jetzt würde ich gerne auf die von Ihnen gestellten Fragen eingehen, in der Hoffnung, dass ich alles gut beantworten kann. Ich würde mit Herrn Reifschneider zum Thema Gewinn anfangen. Wir sind zwar als Wasserbetriebe eine Anstalt des öffentlichen Rechts, aber wir haben einen Eigentümer. Das ist der Senat von Berlin, und der entscheidet, wie die Gewinne eingesetzt werden, die die Wasserbetriebe erwirtschaften. Ich kann Ihnen aber sagen, bei dem, was wir tun, also auch die Personalausstattung, hat der Senat schon auf Gewinn verzichtet, damit Teile der Dinge, die wir tun, auch möglich sind. Das möchte ich hier noch einmal betonen. Gerade was die Personalausstattung angeht, gibt es also tatsächlich einen Gewinnverzicht. Dass man das vielleicht noch für andere Dinge nutzen kann, das muss, wie gesagt, der Eigentümer entscheiden. Es müssen Rücklagen für die Zukunft gebildet werden. Insofern kann ich nur sagen: Ja, da müsste man mit dem Eigentümer in einigen Bereichen reden, aber Gewinnverzicht ist tatsächlich da, der uns hilft, mit unserer Personalausstattung die Dinge, die wir hier diskutieren, auch hinzubekommen.

Dann kam noch etwas zur Entwässerung von Straßenflächen. Sie hatten gefragt: Wie sieht es da aus? – Dafür gibt es bereits Regelungen, wie das zu bewerkstelligen ist. Das Problem sind nicht die eigentlichen Straßenabläufe, sondern das, was wir an anderen versiegelten Plätzen

und Grünflächen haben. Da gibt es keine Regelung. Da gibt es tatsächlich etwas, wo die Zuständigkeiten von den Bezirken wieder zum Land wechseln. Da wird die Sache schwierig, und da müsste man mal nachgucken, wie man das so hinbekommt, dass es da einheitliche Regelungen gibt. Da ist es nicht so ganz einfach. Da muss man ein dickes Brett bohren und vielleicht ganz neu denken, wie man die Entwässerung solcher Flächen gestaltet. Ich hatte das in meiner Präsentation angedeutet. Da gibt es das Mischsystem und das Trennsystem. Das ist gegeben, und insofern gilt es da tatsächlich, neu zu denken. Das wird aber dauern. Da müssen die Zuständigkeiten in Zukunft klar geregelt werden – das vielleicht zur Straßenentwässerung bzw. Grünflächen, die eher in den Bezirken oder beim Land sind, wo die Zuständigkeiten also nicht ganz geklärt sind.

Dann kommen wir dazu, ob sich die Wasserbetriebe wissenschaftlich beraten lassen. Ja, natürlich! Sie wissen das auch, dass wir das KWB, das Kompetenzzentrum Wasser in Berlin, haben, das uns berät, wo wir Forschungsaufträge hingeben. Herr Reifschneider, wir haben auch eine Forschungsabteilung, die sich darum kümmert, dass viele Dinge, die wir machen, auch so gemacht werden, dass sie funktionieren und dass wir über unser Forschungsnetzwerk nicht nur deutschlandweit, sondern auch europaweit an der sich ändernden Technik teilhaben können. Ich muss noch einmal das Beispiel der Ozonung in Schönerlinde nennen – die Spurenstoffentfernung klingt so ein bisschen an: Die Verfahren, die da überhaupt wirken können, haben wir uns auch über die Forschungsabteilung angeguckt. Da hat es lange Testreihen und Forschungsprojekte im Wasserwerk Tegel gegeben, um zu gucken: Wie geht man damit um? Diese Beratung findet also tatsächlich statt.

Es kam die Frage: Wasser sparen, Verkeimung mit dem Kanalnetz oder überhaupt Verkeimung oder Verschlammung. – Wir haben eine ganze Zeit lang, insbesondere nach der Wende, als der Wassergebrauch sehr stark herunterging, dazu aufgerufen: Bitte, übertreibt es nicht, denn wir brauchen in den Kanälen eine gewisse Menge an Wasser, damit die Fäkalien abgespült werden. Da ist jetzt einige Zeit vergangen. Die Wende ist schon ein bisschen her, das heißt, wir haben auch neue Techniken einführen können, nicht nur die Wasserbetriebe, sondern auch Restaurants. Das war in Mitte ein riesiges Problem. Die haben Fettabscheider. Das wird regelmäßig entsorgt. Das wird auch tatsächlich kontrolliert, dass das gemacht wird, so dass wir bestimmte Inhaltsstoffe nicht mehr ins Kanalnetz hineinbekommen. Das heißt also, wir können uns deutlich mehr Wassersparen leisten als noch vor zehn Jahren. Wir haben auch neue Technik angeschafft, was die Kanalreinigung angeht. Jetzt einen Grenzwert zu nennen, ab wann das nicht mehr geht, fällt mir tatsächlich schwer. Deswegen sagen wir: Der behutsame Umgang mit Wasser muss kommen. Das hat mit den Systemen jetzt irgendwann eine Grenze. Wo die liegen wird, kann ich Ihnen leider nicht genau sagen, das muss man dann berechnen, aber da geht noch was. Das kann ich Ihnen versprechen. Da ist es noch nicht so, dass wir Schwierigkeiten haben werden, die Fäkalien nicht zu den Pumpwerken zu bekommen.

Zur Pharmaindustrie: Das ist, ehrlich gesagt, in Berlin nicht unser ganz großes Problem. Wir kämpfen eher mit Spurenstoffen. Die Frage ist: Wo kommen die Spurenstoffe her? – Das sind zum Teil, was uns wirklich Sorgen macht, Arzneimittel, und diese Arzneimittel brauchen – ich hoffe, nicht jeder von uns hier –, aber viele von uns. Das sind zum Beispiel Bluthochdrucksenker. Das sind Schmerzmittel, die verabreicht werden, die Sie ganz normal zu Hause ausscheiden. Die landen dann in der Kläranlage. Das ist auch gut so. Die können aber nur zum Teil abgebaut werden. Das macht uns ein bisschen Sorge, denn das belastet den Wasserkreislauf, im Moment aber nur mit geringsten Spuren. Das ist auch der Grund, warum wir

zum Beispiel in Schönerlinde die Ozonung nachrüsten, die nämlich genau diese Stoffe herausbekommt, sodass wir den Wasserkreislauf vor Spurenstoffen schützen. Noch eine Anmerkung von mir: Das passiert tatsächlich. Das haben wir nachgewiesen, deswegen auch die Langversuchsreihen in Tegel mit Aktivkohle, wo wir probiert haben, was geht und was geht nicht. Hier sind wir sicher, das funktioniert. – Dann vielleicht noch eine Sache, das sprachen Sie auch an, zu den Hormonen und solchen Dingen, die sich im Abwasser befinden. Das wird normalerweise, wenn nicht in der Kläranlage, dann aber zumindest im Uferfiltrat abgebaut, sodass wir damit keine Probleme im Trinkwasser haben – das vielleicht als Hinweis dazu.

Wassereinleitung: Frau Lerch, Sie hatten etwas zum Thema gefragt. Bei Oberflächengewässer gibt es immer so eine Problematik, auch mit den kleinen Gewässern. Es gibt welche, die sind grundwasserabhängig. Im Waldsee ist das zum Beispiel der Fall, wo man geschickt über Überleitungen etwas machen kann. Es gibt aber auch viele Gewässer auf den Hochflächen, die keinen Zugang zum Grundwasser haben, wo im Sommer die Verdunstung so hoch ist, dass diese Gewässer trocken fallen. Hier noch einmal der Hinweis: Wir haben im Sommer immer ganz viele Anfragen: Wasserbetriebe, tut etwas! - Ich würde ungern Trinkwasser dort einleiten, denn Trinkwasser ist für den menschlichen Verzehr gut aufbereitet. Wir brauchen viel Energie, Ihnen das mit dem schnellsten Lieferservice der Welt zur Verfügung zu stellen, und das dann zu nehmen, um Kleingewässer aufzufüllen – ich weiß nicht, ob das so eine gute Idee ist. Da muss man von Fall zu Fall gucken, ob das funktioniert. Ich weiß, es ging um Regenwasser, dazu komme ich gleich, aber Trinkwasser ist keine gute Idee. Bei Regenwassereinleitungen muss man sehen, wie die Einzugsgebiete sind. Hier haben wir als Wasserbetriebe, wo es möglich ist, Regenrückhaltebecken gebaut, sodass eine Vorreinigung stattfinden kann, um solche Gewässer aufzufüllen. Das funktioniert im Sommer, wenn es nicht regnet, nur sehr schwer. Deswegen diese Anfragen, die immer wieder kommen: Bitte, leitet Trinkwasser ein, weil es im Sommer nicht regnet und diese Gewässer nicht aufgefüllt werden können. – Da nützt uns ein gutes Regenwasserrückhaltesystem auch ganz wenig, wenn es nicht zu den Zeiten regnet, wo es gebraucht wird.

Herr Lux hatte nach der Phosphorrückgewinnung gefragt. – Deswegen bauen wir gerade die Klärschlammverbrennungsanlage, die Sie besucht haben – vielen Dank dafür – und beim Spatenstich dabei waren. Das ist genau der Grund. Sie wissen, Phosphor als Düngemittel ist endlich. Es gibt die Regelung, dass wir verpflichtet sind, Phosphor aus dem Klärschlamm wiederzugewinnen. Deswegen bauen wir die Anlage, nicht nur, um den Schlamm zu verbrennen, sondern um eine Möglichkeit zu schaffen, den Phosphor, der da drin ist, zu recyceln. Das ist nicht so ganz einfach. Es gibt eine Pilotanlage in Hamburg. Da schauen wir genau hin, wie das dort funktioniert, um dann für uns die Entscheidung zu treffen, wie das Verfahren dann letztendlich aussieht, das uns dann hilft, diesen Phosphor rückzugewinnen. Wie gesagt, der Spatenstich ist erfolgt. Jetzt wird es noch einmal zehn Jahre dauern, bis eine solche Anlage steht, aber dann sind wir hoffentlich auch in der Lage, den Phosphor aus dem Klärschlamm zu recyceln.

Zu den Kleingewässern hatte ich schon gesagt, dass die Kleingewässer unter starkem Druck stehen. Ich hatte etwas zum Regenwasser gesagt, wie das funktioniert. Vielleicht noch einen Hinweis dazu: Kleingewässer und Moore, das klang gerade beim Barsee an, beeinflussen wir, gerade hier am Barsee. Deswegen haben wir uns über unsere Forschungsabteilung überlegt: Was kann man tun, um ein solches Moor trotz Trinkwasserversorgung zu erhalten? Das Forschungsvorhaben läuft seit zwei Jahren am Barsee, dass wir das Moor zu bestimmten Zeiten

mit Wasser künstlich anreichern. Es wird also versprüht, und wer da mal hingehet – das ist ein schöner Rundweg, den kann man sich mal angucken –, sieht man am Rand diese Sprühanlagen stehen, wo wir dann Wasser auf das Moor verrieseln. Das passiert im Moment mit gutem Erfolg. Das wäre also eine Möglichkeit, um Moore zu erhalten. Das gucken wir uns genau an. Hier muss man noch mal genau gucken: Wie viel Energie kostet das? Wie lange kann man so etwas machen? Ich kann nur sagen, das funktioniert und hat gerade beim Barsee gute Erfolge gezeigt und könnte vielleicht auch für die Moore in Friedrichshagen eine Möglichkeit sein, diese langfristig zu erhalten.

Zum Thema Altlasten: Das ist so eine Sache. Wir haben in Berlin viele Altlasten. Der Senat von Berlin ist mit der Altlastenbehörde dabei, diese Altlasten schon seit Jahrzehnten abzureinigen. Das sind zurzeit ungefähr 30 Millionen Kubikmeter, die wir in Berlin identifiziert haben. Hier wäre es hilfreich, denn das dauert ziemlich lange, dass die Mittel weiterhin gewährleistet sind und dass die Behörden entsprechend mit Personal ausgestattet werden, dass wir nicht nachlassen und vielleicht sogar ein bisschen mehr Geschwindigkeit in der Altlastensanierung aufnehmen. Das könnte für uns eine Ressource sein, die andere Dinge dann tatsächlich schützt. Dann braucht man woanders das Wasser nicht zu fördern. Insofern wäre es hilfreich, wenn dort mehr Personal und vielleicht die entsprechenden finanziellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. – [Benedikt Lux (GRÜNE): 100 Prozent Landesmittel?] – Das ist schwierig, Landesmittel, wenn man den Verursacher nicht findet. Das ist viel kriminalistische Arbeit, um den Verursacher zu finden. Der muss dann dafür zahlen. Das ist ein Verfahren, das unter Umständen sehr lange dauert, bis Sie den Verursacher haben und vor allen Dingen auch gerichtsfest haben. Ich weiß, das ist ein schwieriges Wort, aber Sie müssen auch dafür sorgen, dass man wirklich nachweisen kann, dass er es war. Das dauert unter Umständen ziemlich lange. Manchmal habe ich das Gefühl, wir haben die Zeit einfach nicht mehr. Das muss deutlich schneller gehen. Dazu bedarf es einer entsprechenden Personalausstattung und auch einer finanziellen Ausstattung, damit das dann wirklich schneller möglich ist und wir hier gute Erfolge haben.

Spezialfahrzeug zur Entschlammung: Jawohl, wir haben keine Spezialfahrzeuge, aber wir haben Fahrzeuge, die das sowieso können, weil die Kanalreinigung mit großen Fahrzeugen stattfindet, die den Kanal reinigen und insofern auch Schlamm herausholen können. Das machen wir von Zeit zu Zeit. Ich hatte vielleicht in den vorhergehenden Antworten schon gesagt, dass das zum Beispiel regelmäßig am Waldsee gemacht wird, wo wir richtige Schlammfänge haben, die mit diesen Fahrzeugen entschlammt werden. Aus meiner Sicht sind die ausreichend vorhanden, sodass überall dort, wo notwendig, diese Fahrzeuge tatsächlich zum Einsatz kommen. Die fahren nicht im Schichtbetrieb. Bisher haben wir dazu noch keine Notwendigkeit gesehen, das 24 Stunden rund um die Uhr zu machen. Das hat auch ein bisschen mit Lärmbelästigung zu tun. Sie wissen, die Fahrzeuge sind nicht ganz leise. Insofern wird das normalerweise in der Zeit zwischen 6 und 16.30 Uhr gemacht, aber das, was wir tun, wird regelmäßig gemacht. – Herr Lux, Sie schauen mich so an. – [Benedikt Lux: Ob voll ausgelastet war meine Frage!] – Ja, die sind voll ausgelastet, und die sind auch ausreichend dafür.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Entschuldigung, Herr Feddern! – Liebe Ausschussmitglieder! Wenn Sie das Wort ergreifen möchten, tun Sie das bitte, indem Sie sich melden. Wir führen ein Wortprotokoll, da müsste man auch in das Mikrofon reden. – Danke! – Herr Feddern!

Jens Feddern (BWB): Sie hatten zu dem Thema Kanal und wie weit wir den Wasserverbrauch herunterfahren dürfen gefragt. Irgendwann ist dieses Gleichgewicht zwischen dem eingeleiteten Abwasser und dem, was mitgetragen wird, gestört. Ich hatte ausgeführt, dass wir das genau berechnen müssen, wann das der Fall ist, aber noch haben wir genug Luft, selbst bei behutsamen Umgang mit dem Wasser. Was wir im Sommer erstmalig gemerkt haben: Die Wassermengen, die wir gefördert haben, passten nicht zur Sommerzeit. Normalerweise, wenn wir vor fünf oder sechs Jahren geschaut hätten, hätten wir im Sommer deutlich mehr an Trinkwasser gebraucht, als wir es in diesem Sommer erlebt haben. Man sieht, der behutsame Umgang mit Wasser findet schon statt. Da ist es zu keinerlei Störungen gekommen. Ich hatte ausgeführt, dass wir modernste Technik nachgerüstet haben, die uns in die Lage versetzt, wenn es zu irgendwelchen Anbackungen kommt, diese auszuspülen. Ich hatte auch ausgeführt, dass viele Industriebetriebe und Restaurants diese Fettabscheider haben, sodass diese Fette nicht mehr eingeleitet werden. Das wird gut kontrolliert, und ich muss sagen, das funktioniert eigentlich ganz gut.

Dann ist noch etwas zur Regenwasseragentur und dem Stadtumbau gefragt worden. Der Stadtumbau muss kommen, das ist klar, damit wir mehr Flächen haben, die tatsächlich entsiegelt werden. Das wird dauern, das ist einfach so, aber das kommt dem, dass Regenwasser für Grundwasser genutzt werden kann, zugute. Das wird aber dauern.

Regenwasseragentur: Jawohl, die berät tatsächlich, und die berät speziell auch dann, wenn zum Beispiel im dicht bebauten Raum die Frage ist: Was mache ich eigentlich mit dem Regenwasser? Wo kann das hingehen? Hier gibt es verschiedene Modelle, die man zum Tragen kommen lassen kann, damit das Regenwasser nicht in die Kanalisation abgeführt werden muss. Das geht aus meiner Sicht relativ erfolgreich. Da sind viele Beratungen, die erfolgreich durchgeführt werden. Wenn man mal schaut und eine solche Beratung stattgefunden hat, dann ist in den seltensten Fällen keine andere Möglichkeit da, außer zu sagen, es geht in die Regenwasserkanalisation. In den meisten Fällen kann das gelöst werden, sodass das auf den Grundstücken oder auf benachbarten Flächen aufgefangen werden kann. Insofern beraten die wirklich intensiv, und es wird auch über finanzielle Mittel beraten, die zur Verfügung stehen,

damit genau das stattfindet und wir eben nicht das kostbare Regenwasser in den Kanal abführen und dann zur Kläranlage schicken.

Niederschlagsgebühr: Jetzt muss ich mal schauen. Die ist aus meiner Sicht 1,08 Euro, die für den Quadratmeter versiegelte Fläche erhoben wird. Die versiegelte Fläche ist einmal die Dachfläche und die versiegelte Fläche auf dem Grundstück. Da wird es erhoben. Wenn es gelingt, dieses Regenwasser nicht in den Kanal abzuführen, sondern auf dem Grundstück zu entwässern, geht es sogar bis zu einer Befreiung, dann braucht man gar nichts zahlen, wenn man das nachweisen kann. Das ist ein Ziel, zu schauen, dass möglichst wenig in den Kanal geleitet und möglichst viel am Entstehungsort aufgefangen wird. Das ist ganz wichtig. Das Niederschlagsentgelt wird dazu benutzt, um die Regenwassersysteme, die wir verantworten, instand zu halten, auszubauen und damit gut arbeiten zu können, zum Beispiel auch für Sonderfahrzeuge zu verwenden, die dann die Systeme entschlammen. Das vielleicht zum Thema Niederschlag.

Dann hatten wir noch die Gewinne, Herr Freymark, aber das habe ich, glaube ich, ausreichend beantwortet. – Die Frage, wie die Regenwasseragentur arbeitet: Aus meiner Sicht sehr erfolgreich, was wir so hören. Es gibt auch eine gute Zusammenarbeit mit den Bezirken, die sich auch an die Regenwasseragentur wenden, um für Lückenbebauungen gute Vorschläge zu machen. Das funktioniert ganz gut. Das kann noch deutlich besser sein, es kann noch viel mehr Beratung stattfinden, aber ich glaube, das ist ganz gut angelaufen und aus meiner Sicht gibt es im Moment nichts einzustellen.

Die Frage nach Corona: Das ist im Moment etwas, was wir als Wasserbetriebe ganz stark nutzen, dass wir uns die Reste der Erbgutsubstanz des Coronavirus, die Schnipsel, die da entstehen, im Abwasser anschauen. Das wird im Moment für die großen Kläranlagen Waßmannsdorf, Ruhleben und Schönerlinde gemacht. Das machen wir auch für den Flughafen in Schönefeld. Die Abwasser werden auch von uns aufgenommen. Da schauen wir auch nach, wie die Situation aussieht. Das wird von uns untersucht. Da bekommt man zum Beispiel raus, wie viel Tausend Erbgutreste sich im Wasser befinden. Wir sind zurzeit – das kann ich Ihnen so sagen – in den Kläranlagen eher so unterwegs, dass ich sage, dass die Inzidenzen in den nächsten Wochen – wir können ungefähr eine Woche vorausschauen – eher gleichbleibend sind. In Waßmannsdorf, Ruhleben und Schönerlinde haben wir ungefähr – um Ihnen ein Gefühl dafür zu geben – so zwischen 150 000 und 200 000 Schnipsel an Erbsubstanz. Als wir vor einem oder einem dreiviertel Jahr damit begonnen haben und am Zenit dieser Welle gewesen sind, die uns ereilt hat, lagen wir über einer Million. 1,5 Millionen war der Durchschnittswert. Sie sehen, da ist man im Moment nicht alarmiert, es ist vielleicht noch nicht besorgniserregend, aber man sieht, da tut sich ganz leicht etwas, und wir fliegen auch in den Herbst ein.

Was immer ganz spannend ist, ist nach den Urlaubszeiten – nach den Sommerferien war das ganz spannend – zu schauen, was der Flughafen macht. Wie viel Schnipsel können wir da im Abwasser nachweisen? – Wir haben gesehen, dass im Flughafen nach Ende der Sommerferien die Anzahl tatsächlich angestiegen ist. Das war nicht besorgniserregend, wir haben uns nicht ganz so viele Gedanken gemacht, aber man konnte das deutlich sehen. Es hat aber nicht dazu geführt, dass dadurch in Berlin eine große Welle entstanden ist. So ist das zumindest für die Wasserbetriebe ein gutes Frühwarnsystem, wo wir ungefähr eine Woche in die Zukunft schauen können, um sagen zu können, da passiert etwas oder auch nicht. Warum ist das für

uns so wichtig? – Wenn Mitarbeiter durch Corona krank werden, fallen sie 14 Tage aus. Wenn die Grippe dazukommt, haben wir auch einen Ausfall von 14 Tagen, und dann müssen aufpassen, dass wir immer genügend Leute haben, die unsere Wasserwerke fahren, die in den Leitstellen arbeiten, die das Rohrnetz instand halten, in den Klärwerken arbeiten. Insofern ist das für uns ein wertvolles Instrument zu schauen, wie sich die Zukunft entwickelt. – Das zu diesem Thema. Die nächste Seite ist schon weiß. Ich hoffe, ich habe alles beantwortet. Wenn es weitere Fragen gibt, stehe ich gerne zur Verfügung. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank, Herr Feddern! – Als Nächster ist Herr Reifschneider an der Reihe für eine kurze Wortmeldung, und dann würde ich dem Senat das Wort erteilen, aufgrund der Zeit, weil wir auch eine weitere Anhörung haben. – Herr Reifschneider, bitte!

Felix Reifschneider (FDP): Vielen Dank für die Ausführungen! Das war sehr informativ und sehr viel Stoff. Vielleicht kann der Senat das auch mit beantworten: Gibt es einen Aktionsplan mit Zielen, Zwischenschritten und Indikatoren zur Abkopplung der Mischwasserkanalisation am Landwehrkanal – das ist ja ein Ziel aus dem Koalitionsvertrag –? Welche Investitionen der BWB in der zweiten Runde könnten beschleunigt werden, beispielsweise bei der Kläranlage Schönerlinde? Geht da irgendwas schneller?

An den Senat: Gibt es irgendwelche Erfahrungswerte zu Strafzahlungen, die auf Berlin bei einer Nichteinhaltung der Wasserrahmenrichtlinie zukommen könnten, wenn es da zu einem Vertragsverletzungsverfahren kommt?

Wir als FDP hatten in den Haushaltsberatungen vorgeschlagen, ein neues Stauraumprogramm aufzulegen. Wie sieht der Senat das mittlerweile? Halten Sie nicht auch die Erweiterung des Stauraumprogramms für erforderlich? Gäbe es die Möglichkeit, beispielsweise an Private Prämien auszuzahlen, wenn sie Flächen entsiegeln und nicht nur die Niederschlagswassergebühr einsparen?

Wir hatten vorhin das Beispiel der Einführung von Kies in die Gewässer gehört, ob das eine Erhaltung oder eine aufwendigere Maßnahme ist und ob die genehmigungspflichtig ist oder nicht. Berlin und Hamburg agieren hier unterschiedlich. Könnte der Senat vielleicht seine Rechtsposition dazu darlegen, warum das in Berlin komplizierter ist als in Hamburg?

Herr Feddern! Ich weiß nicht, ob Sie das beantworten können oder der Senat, aber gibt es einen Antrag zum Anschluss des Waldsees an die Seenkette mittels einer Überleitung? Sie haben gesagt, der Bezirk müsste das entscheiden, aber ich nehme an, der Bezirk entscheidet auf der Basis eines Antrags. Deswegen ist die Frage, ob es diesen Antrag gibt oder wer diesen stellen müsste.

Vielleicht auch an Sie die Frage: Kann man eigentlich Abwasser, was Sie in Ihren Kläranlagen gewonnen haben, direkt für Industrieprozesse nutzen, damit man in den Industrieprozessen kein Frischwasser einleiten muss? Gibt es darüber eine Sparmöglichkeit? Warum macht der Senat den landeseigenen Unternehmen eigentlich keine Vorgabe zur Abkopplung von der Regenwasserkanalisation? Ich hatte das in den vergangenen Wochen und Monaten mal für die Messe und die BVG abgefragt. Da gab es keine Vorgaben, aber es wäre doch eigentlich mög-

lich, dass der Senat die landeseigenen Unternehmen entsprechend auffordert, die Einleitung von Regenwasser in die Kanalisation Schritt für Schritt zu reduzieren. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Reifschneider! – Für den Senat Frau Dr. Karcher, bitte!

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK): Vielen Dank! – Ich werde es kurz übergreifend machen, und dann würde ich an die anwesende Fachfrau Frau Dr. Fritz-Taute weitergeben.

Zum Thema Waldsee: Das ist in der Zuständigkeit des Bezirks. Die Senatsverwaltung ist aber durchaus bereit, finanziell zu unterstützen, wenn das sinnvoll und möglich ist.

Zur Frage der Schwammstadt: Meines Erachtens passiert da eine ganze Menge, das wurde kurz angesprochen. Bei den ganzen Neubauprojekten muss das Regenwasser vor Ort versickert werden, es gibt keinen Anschluss an die Kanalisation, sondern Versickerung vor Ort. Das stützt perspektivisch auch den Grundwasserhaushalt.

Überblick – Herr Freymark ist nicht mehr da, aber er wird das sicherlich mitbekommen –: Ja, wir haben einen Überblick über die Gewässergüte in Berlin, insbesondere was die größeren Gewässer betrifft. Ob wir das für jedes einzelne der 400 Kleingewässer haben, da bin ich mir nicht Hundertprozentig sicher, aber ich glaube auch das. Wie hilfreich das jetzt ist, dazu eine Anfrage zu stellen und uns die Gewässergüte aller 400 Kleingewässer darstellen zu lassen, sei dahingestellt, aber möglicherweise gibt es sogar irgendwo einen Bericht dazu.

Sprechen mit den Verbänden/Einbeziehung der Verbände: Wir sprechen regelmäßig mit den Verbänden, speziell auch zu Wasser. Das heißt, die werden einbezogen.

Letzter Punkt, die Frage vom Geld: Die Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker wollen immer mehr Geld für ihre Aufgaben. Selbstverständlich kämpfen wir in den entsprechenden Verhandlungen dafür, mehr Geld für die Abfallwirtschaft, aber auch für die Wasserwirtschaft, die Renaturierung von Kleingewässern etc. zu bekommen. Geld ist auch eine relativ begrenzte und vor allem endliche Ressource. Am Ende steht ein Haushalt, in dem nicht alle berechtigten Wünsche aller Beteiligten erfüllt worden sind. Selbstverständlich sind auch die Notwendigkeiten der anderen Fachpolitiken völlig berechtigt – so viel dazu. Es war eine große Vielzahl von Detailfragen, und dazu gebe ich an Frau Fritz-Taute ab und hoffe, dass Sie sich zumindest das meiste notieren konnten. Ich bin zuversichtlich, dass Sie das meiste beantworten können.

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenUMVK): Ich wollte ein paar grundsätzliche Sachen sagen. Ob ich alles – weil es sehr viele Fragen waren – beantworten kann, müssen wir schauen. Wenn etwas fehlt, würden wir einen Bericht nachliefern. Ich möchte aber grundsätzlich etwas zu dem Problem Kleingewässer, Bezirke, Zuständigkeit, Hauptverwaltung sagen. Ehrlich gesagt finde ich dieses ständige Bezirks- und Verwaltungsgehasse ein bisschen blöd. Es gibt eine klare Zuständigkeitsregelung. Die ist wirklich klar geregelt, auch am Waldsee. Das Problem liegt aber nicht in der Zuständigkeit oder dass die Hauptverwaltung nicht mit den Bezirken redet. Wir haben eine sehr enge Zusammenarbeit mit den Bezirken, gerade was die Kleingewässer

angeht, weil fast alle Kleingewässer, stehende Gewässer zweiter Ordnung, bei den Bezirken sind. Die sind auch viel näher dran, als wir das als Hauptverwaltung sind.

Das Problem ist im Kern, dass diese Gewässer alle Aufnahmegewässer der Straßenabläufe sind, wie auch schon richtig gesagt wurde. Das heißt, auch am Waldsee ist das Hauptproblem der Schadstoffeintrag, das ist total richtig, der aus dem Straßenumfeld dort eingeleitet wird. Da müsste eigentlich eine Regenwasserbehandlung dazwischen, was, sage ich mal, grundsätzlich auch unser Ziel ist, was grundsätzlich so sein sollte, nur haben wir – wie Herr Lux, glaube ich, schon gesagt hat – sehr viele dieser Kleingewässer und solcher Regenwasserabläufe. Wir haben eine klare Prioritätensetzung. Wir sind dafür zuständig, dass das Regenwasser in einem vernünftigen Zustand in den See kommt, aber wir haben so viele Seen und so viele Begehrlichkeiten, dass wir das nicht abdecken können. Wir haben vor allem im Bereich Trennsysteme auch in diesem Doppelhaushalt sehr limitierende Mittel, und unsere Prioritätenliste geht so weit, dass wir sagen, die erste Priorität sind die stehenden Gewässer, die Badegewässer sind, weil das zu einer Einschränkung der Badenutzung führen kann. Dann kommen die Gewässer vor allem in Grünanlagen, die eine sehr hohe Frequentierung haben und die Gewässer, die im Umfeld der Wasserwerke liegen, weil wir auch die Qualität im Zustrom der Wasserwerke sichern müssen usw. So gibt es im Prinzip eine Priorisierung der unterschiedlichen Gewässer.

Die Bezirke versuchen gerade für die Kleingewässer sehr viel zu tun. Es gibt inzwischen zumindest in diesem Doppelhaushalt auch Förderprogramme in dem Bereich. Viele Bezirke nutzen die, die nutzen auch andere Förderprogramme. Das hängt auch immer davon ab, wie die Bezirke das hinbekommen. Wie sind sie ausgestattet? Welche Möglichkeiten haben sie? Wie viele Gewässer haben sie? Das ist alles sehr unterschiedlich verteilt. Das machen die in ihrer Zuständigkeit auch. Wir unterstützen durchaus, weil wir auch oftmals noch andere Kenntnisse und Monitoringsysteme haben, die sehr ausgefeilt sind. Wir unterstützen an vielen Seen auch in Amtshilfe, und ungeachtet dessen, dass wir keine Zuständigkeit haben, machen wir da sehr viel. Das geht nur in dem Rahmen, wie wir das auch leisten können, aber grundsätzlich funktioniert das.

Am Waldsee ist das Problem: Ja, Regenwasser geht rein, das führt zu einer Verschlechterung. Dass der See nicht an den Schlachtensee angebunden ist, liegt daran, dass der Schlachtensee ein Badegewässer ist und ein Gewässer nach der Wasserrahmenrichtlinie, was ein dezidiertes Monitoring vor Ort ist. Wenn der Waldsee in den Schlachtensee abgeleitet wird, haben wir ein Problem mit der Badegewässerqualität. Deswegen gibt es diesen Verschluss, der momentan dazu führt, dass der Waldsee keine direkte Einspeisung vom Schlachtensee hat, aber auch nichts in den Schlachtensee abgibt. Das ist für den Waldsee schwierig, aber nicht anders zu händeln. Der Waldsee bräuchte entsprechend des Einzugsgebiets Maßnahmen. Inwieweit das eine Regenwasserreinigungsanlage oder mehrere dezentrale Maßnahmen im Gebiet sind, wäre für den Waldsee wichtig, aber das ist, wie gesagt, momentan aufgrund der Limitierung der Mittel für die Trennsysteme nicht möglich.

Wasserrahmenrichtlinie allgemein, weil sich das so auf die Kleingewässer fokussiert: Wir als Hauptverwaltung haben unsere Priorität ganz klar auf den großen Gewässern. Was klar ist, weil wir diese Gewässer auch melden müssen. Da melden wir unsere Fortschritte an die EU. Wir haben für viele – was auch bemerkt wurde – Gewässer wie Panke, Wuhle, Erpe usw. umfangreiche Beteiligungswerkstätten gemacht. Die sind abgeschlossen. Die liegen jetzt. Was

wirklich eines der Kernprobleme ist, ist die bauliche Umsetzung. Das hat verschiedene Gründe. Das hat zum einen durchaus Ressourcen Gründe, zum anderen aber auch, dass die ganzen Verfahren sehr kompliziert sind. Das sind sehr umfangreiche Planfeststellungsverfahren, die auch lange gedauert haben. Dann ändert sich manchmal auch die Bedingung, und wir müssen oft noch einmal Überprüfungsleistungen machen. Die bauliche Umsetzung ist echt ein Problem, die auch unterfinanziert ist. Das ist für die Gewässer wirklich ein Kernproblem.

Wir haben es trotzdem geschafft, sehr viel der WRRL umzusetzen. Das Mischwasserstau- und -sanierungsprogramm ist eines der großen Dinge der WRRL. Die Aufwertung der Kläranlagen, was Herr Feddern beschrieben hat, ist ein Beitrag für die WRRL, was in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch sehr viel Geld kosten wird, was aber für unsere Gewässer immens wichtig ist. Die Strukturverbesserungsmaßnahmen in einer Bundeswasserstraße sind kein leichtes Unterfangen. Strukturmaßnahmen in der Panke, Mäandrierung in der Panke zu setzen, Sohlschwellen hochzusetzen, Totholz einzubringen ist auch nicht so ganz einfach, aber in einer Bundeswasserstraße reden wir noch mit dem Bund, und das ist eine Wasserstraße. Da ist auch von der Umsetzung immens viel schwieriger.

Vertragsverletzungsverfahren: Es wurde gefragt, inwieweit wir denn verklagt werden können. Berlin wird nicht verklagt. Wenn, dann wird Deutschland verklagt. Das muss ich mal sagen. Deutschland insgesamt hat wie viele europäische Länder ein großes Problem damit, die WRRL in den vorgegebenen Zyklen zufriedenstellend umzusetzen. Da ist Berlin nicht alleine. Das hat auch Gründe. Es hat vielfältige Gründe, die man vorher so auch nicht gesehen hat. Wir haben zum Beispiel eine Problematik, die wir in Berlin auch haben, die deutschlandweit ein Problem sind, und das sind ubiquitäre Stoffe. Das sind Stoffe in unserem Wasserkreislauf, die vor vielen Jahren eingetragen wurden, die überall sind. Die führen dazu, dass wir auch in Berlin den guten chemischen Zustand verfehlen. Die Stoffe bekommen Sie so schnell nicht raus. Ob man die überhaupt jemals in dem Maße rauskriegt ist noch die Frage.

Wir haben uns in der gemeinsamen Abstimmung aller Bundesländer mit dem Bund entschieden, dass wir die Ziele nicht runtersetzen wollen. Wir wollen nicht vom hohen Anspruch der WRRL weggehen, sondern wir sind immer noch der Meinung, dass es wert ist, die trotzdem zu erreichen. Wir sind im Moment mit der Europäischen Kommission in Diskussionen zu sagen, es muss weitergehen. Wir brauchen mehr Zeit, wir müssen, wir wollen das aber umsetzen, und wir werden es auch umsetzen können, aber nicht bis 2027. Die Diskussion, das muss ich auch sagen, ich bin da auch selbst dabei, mit der Kommission ist durchaus sehr konstruktiv. Ich würde nicht davon ausgehen, dass die Kommission Deutschland verklagt, weil Deutschland mit einem klaren Transparenzansatz in die Diskussion geht und die Schwierigkeiten aufzeigt. Es ist ein Finanzproblem; das sind Summen, die muss man auch aufbringen können, die werden aufgebracht, aber man wird sie vielleicht über einen längeren Zeitraum aufbringen müssen. Es gibt viele Maßnahmen, die sehr lange dauern. Die dauern lange, selbst wenn ich die Milliarden Euro hätte, würden wir in vielen Bereichen nicht schneller sein können, weil die Maßnahmen einfach dauern. Altlasten wurden gerade genannt. Bei einer Altlastensanierung rechnen Sie oft in Jahrzehnten. Wenn Sie eine Grundwasserbelastung haben, das aus dem Grundwasser wieder rauszukriegen, ist wahnsinnig schwierig.

Regenwasser: Wir sind in den Neubaugebieten – das wurde schon gesagt – schon sehr weit. Wir haben BReWa-BE. Das heißt, wir haben feste Einleitmengen vorgegeben, die nicht überschritten werden dürfen. Es gibt kein Einleiten einfach so in den Kanal, wie es früher einmal

war, sondern es gibt klare Grenzen. Das hat uns sehr weit gebracht. Im Neubau ist das wirklich eine Erfolgsgeschichte. Da bekommen wir inzwischen Quartiere hin, wie zum Beispiel Siemensstadt Square, die überhaupt kein Wasser in den Kanal ableiten werden, sondern alles vor Ort versickern. Der Bestand ist das tiefgreifende Problem. Wenn Sie eine historisch gewachsene Stadt haben, kann man dort nicht einfach nachträglich Rechtssysteme überstülpen, die zu einem immensen Umbau in diesem Bestand führen würden. Da wird sehr viel mit Fördermitteln und Förderprogrammen auf freiwilliger Basis versucht, einen Großteil abzukoppeln. Es wird aber in den nächsten Jahren eines unserer Kernthemen sein, wie wir die Regenwasserableitung im Bestand in den Griff bekommen. – Jetzt muss ich überlegen, ob ich etwas vergessen habe. Ich habe bestimmt ganz viel vergessen. Wenn mir etwas einfällt, schicke ich es gerne als Bericht nach.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke an den Senat! – Es gibt weitere Wortmeldungen. Ich bitte um Kürze, weil wir, wie gesagt, eine weitere Anhörung haben. – Herr Lux, bitte!

Benedikt Lux (GRÜNE): Das ist auch ein wichtiges Thema, und da das Stichwort „Verwaltungsgebäshe“ fiel, wollte ich das noch einmal klar – ich hoffe, für alle hier im Ausschuss – zurückweisen. Im Gegenteil schätzen wir die Bemühungen und Maßnahmen der Umweltverwaltung im Bereich Wasser sehr und wollen Sie hier gerne auch durch den Ausschuss verstärkt wissen, wenn ich das sagen darf, und zwar insbesondere gegenüber anderen Interessen des Landes Berlin. Finanzen, Bauen und andere Bereiche wurden genannt, gegenüber denen wir deutlich machen müssen, dass wir mit einer starken Verwaltung und Unternehmen die gesetzlichen Vorgaben auch im Sinne des Umweltschutzes, der Klimaanpassung usw. erreichen müssen. Deswegen bitte ich das jedenfalls für meine Fraktion nicht so zu verstehen, dass, wenn wir noch mehr einfordern, wir das als Kritik oder Gebashe an den Verwaltungen zu verstehen wissen wollen.

Meine Frage wäre: Hier wurde gesagt: Die Wasserrahmenrichtlinie sei unmittelbar geltendes Recht – und das ist auch zutreffend –, warum dann der Masterplan Wasser? – Ich finde den Masterplan Wasser sehr hilfreich, auch den neuen Bericht und freue mich auf die weiteren Fortschreibungen, weil man da genau die Maßnahmen erkennen kann. Die Frage wäre schon, ob man so einen Masterplan auf die Erreichung der Wasserrahmenrichtlinie zuschreiben kann. Wir haben in den Haushaltsberatungen einen umfangreichen Bericht von Ihnen zur WRRL bekommen – und jetzt gerade mündlich, festgehalten im Protokoll. Trotzdem ergibt sich aus der Haushaltsystematik nicht ganz, was genau alles getan wird, um die WRRL zu erreichen. Ich hatte den Chefhaushälter der SenUMVK das letzte Mal so verstanden, dass man das mit etwas Aufwand darstellen könnte, was Sie gerade kursorisch mündlich dargestellt haben.

Ich würde auch darum bitten, weil ich es abschließend nicht verstanden habe, weshalb es keinen Fokus auf die Kleingewässer geben soll. Vielleicht war es hier gerade eine Schiefelage, der BUND macht doch den Kleingewässerreport, und wir haben 400 davon, sind mit dem Waldsee eingestiegen. Ist es nicht so, wenn man zum mal Beispiel von dem, untechnisch gesagt, Entschlammungsauto der BWB zwei oder drei hätte, dass man dann eventuell noch mehr Kleingewässerschutz erreichen könnte, weil man nicht diese umfangreichen, und wie Sie wahrscheinlich zu recht schildern, sehr langfristigen und komplizierten Bauvorhaben angehen muss, sondern so in vielleicht kürzerer Zeit noch mehr erreichen könnte – das nur so als meine Anregung für den Verbleib. Wir bekommen ja noch das Wortprotokoll, werden das auswerten und am Thema dranbleiben. – Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Lux! – Für den Senat Frau Dr. Karcher bitte!

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK): Ich glaube, ich gebe direkt an Frau Dr. Fritz-Taute weiter.

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenUMVK): Ganz kurz zum Masterplan: Der Masterplan und die WRRL sind durchaus eng verzahnte Unternehmen. Das eine ist ein rechtliches Regelwerk, das andere ist eine Strategie. Das ist ein bisschen der Unterschied. Der Masterplan hatte aber eine ganz klare zusätzliche Ausrichtung über die WRRL hinweg, die auf die Gewässer und deren Zustand abzielt. Der Masterplan hat als Hauptaufgabe die langfristige Sicherung der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung, schlicht aus dem Grund, weil wir festgestellt haben, dass die Rahmenbedingungen sich so verändert haben, dass wir eine übergreifende Strategie brauchen. Wir halten die Trinkwasserversorgung wirklich für gefährdet, wenn wir uns nicht entsprechend strategisch aufstellen. Dinge, die der Masterplan macht, sind vielleicht auch gleichzeitig Maßnahmen der WRRL, wenn sie dem Gewässerzustand zugutekommen. Wie Herr Feddern schon gesagt hat, ist es so eng miteinander verflochten, geht aber darüber hinaus. Er geht weit darüber hinaus, weil er seinen Fokus ganz stark auf der Trinkwasserversorgung hat. Das ist nicht zwingend der Fokus der WRRL. Da haben wir den Bedarf gesehen, zusätzlich noch eine Strategie zu machen, ein bisschen ähnlich wie die nationale Wasserstrategie des Bundes. Es gibt große umfängliche Veränderungen über die WRRL hinaus, für die wir schon jetzt langfristig Überlegungen anstellen müssen, weil viele der Dinge, die wir dann tun müssen, sehr lange Vorläufe brauchen. Das ist eng miteinander verzahnt, es geht aber noch einen Schritt weiter und hat im Prinzip einen anderen Fokus.

... [unverständlich] und Wasserrahmenrichtlinie: Vorhin fiel mal die Zahl, dass wir dafür 20 Millionen Euro ausgeben würden. Das stimmt nicht. Wir geben viel, viel mehr Geld dafür aus. Ich glaube, es ist sinnvoll – und das war auch in den Haushaltsberatungen so angeklungen –, dass es eine Übersicht, eine Zusammenstellung, gibt, welche Gelder eigentlich in die WRRL hineingehen. Die sind ein bisschen über verschiedene Haushaltskapitel und -titel verstreut. Das ist ein bisschen unübersichtlich. So eine Übersicht, welche Gelder wofür im Sinne der WRRL ausgegeben werden, kann man im Prinzip zusammenstellen. Das kann man im Prinzip als Zusatzleistung – ich glaube, beim Radverkehr wird es so Ähnlich gemacht – gerne mal machen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke an den Senat! – Herr Reifschneider hat auch Fragen an die Anzuhörenden gestellt. – Herr Feddern, bitte! Falls sich die Initiative angesprochen gefühlt hat, können Sie auch das Wort ergreifen.

Jens Feddern (BWB): Die würde ich gerne beantworten: Schönerlinde wird maximal beschleunigt. Wir wollen 2024 fertig sein, damit man das, was für die Panke vorgesehen ist, wirklich durchführen kann. Man muss allerdings auch sagen, dass es im Moment ein schwieriges Umfeld ist. Deswegen sage ich maximale Beschleunigung. Sie kennen das, aufgrund des Ukraine-Kriegs, der Gaskrise und solchen Dingen ist es schwer, Anbieter zu finden, Teile heranzuschaffen, also das Übliche, wir als Lieferkettenschwierigkeiten haben. Trotz alledem sind wir durchaus optimistisch, dass wir das schaffen.

Dann gab es die Frage in Richtung der Industriebetriebe: Da muss ich allerdings sagen, dass ich mein Wasser ganz gerne behalten und dem Wasserkreislauf zuführen will. Das ist das Erste, aber was hier eine Rolle spielt, ist, dass, ich glaube, alle Industriebetriebe in Berlin ihre Betriebswassersysteme haben. Da wird das Wasser mehrfach im Kreislauf gefahren, dass das, was Sie für die Industriebetriebe angesprochen haben, aus meiner Sicht keinen nennenswerten Beitrag leisten würde, dass wir irgendetwas sparen würden. Das ist bei den Wasserbetrieben auch so. Wir sind teilweise auch ein Industriebetrieb, wir benutzen Betriebswassersysteme wie jeder andere auch, und da wird das Wasser mehrfach genutzt. Das ist in der Berliner Industrie genau das Gleiche. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank, Herr Feddern! – Herr Schweer, bitte!

Christian Schweer (Wassernetz-Initiative Berlin e.V.): Danke, dass wir noch einmal das Wort erhalten! – Wir müssen noch einmal klar sagen, dass wir über 700 Gewässer und nicht nur 400 Kleingewässer haben. Ich werbe wirklich darum, Frau Dr. Fritz-Taute, aber auch Frau Dr. Karcher, dass Sie doch bitte sagen: Okay, wir brauchen mehr Personal, wir brauchen mehr Mittel –, und die Umsetzung ist gerade nicht perfekt. Sie ist wirklich schlimm. Wenn man sich allein unser Pilotgewässer anschaut, die Panke, deren Zustand sich letztlich noch verschlechtert hat. Die ist gerade in ihrem absolut schlechtesten Zustand. Dann zu sagen, aber die anderen seien genauso, ist für mich keine Begründung. Wir haben letztlich klar gesagt, wir sind da, wir haben daher auch dieses Projekt, und es gibt da auch Anknüpfungspunkte, wo wir die Verwaltungen loben müssen, dass sie uns da unterstützen, aber wir fordern, dass da wirklich mehr kommt.

Die Sache, dass das mit den 20 Millionen Euro nicht stimmt. Ich muss Ihnen sagen, dass ich diese Rechnung gerne sehen möchte. Ich möchte vor allen Dingen die Rechnung sehen, um

aufzuzeigen, was wir wirklich für die Umsetzung der WRRL hier in Berlin brauchen. Das liegt bis heute noch nicht komplett vor.

Was auch noch wichtig ist, sind die Bewilligungsverfahren. Wir haben mindestens neun Wasserwerke, deren Bewilligung noch nicht vorliegt. Ich glaube, das ist einzigartig in Deutschland, vielleicht auch in Europa, weil die über 20 Jahre fördern. Wir wünschen uns einfach, dass das bitte vorwärtsgeht. Wir sind gerne mit unserem konstruktiven Rat da, aber uns kann keiner erklären, dass es keine Lösung gibt, dass man vorwärtskommt. Daher ist hier noch einmal die Empfehlung: Wir strecken unsere Hand aus. Wir machen wirklich alles, aber kommen Sie doch bitte auf uns zu. Wir kriegen das, glaube ich, auch gemeinsam hin, aber seien Sie dann bitte ehrlich und sagen uns, was fehlt, aber nicht, dass wir immer hören von wegen, dass stimme alles nicht, und alles sei schon gut.

Das mit den Strafzahlungen: Da müssen Sie daran denken, dass wir einen Fall in Polen hatten, die 500 000 Euro hätten zahlen müssen. Das ist nicht ganz zutreffend, dass man sagt, dass der Bund dafür zuständig sei. Nein, es gab die Föderalismusreform, und der Bund hat die Möglichkeit, die Mittel weiterzureichen, dass man es zumindest anteilig macht. Es hängt davon ab, wie hoch die Strafzahlung sein wird. Berlin gehört – das muss man leider sagen – nicht zu den Vorreitern in der Umsetzung der WRRL. Wir hoffen aber, dass sich das ändert. Wie schon gesagt, wir helfen dabei, dass das schneller geht, und es muss auch schneller gehen, weil die Strafzahlungen irgendwann kommen können.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank, Herr Schweer! – Ich kann Ihnen zusichern, dass das Thema Wasser für alle hier im Ausschuss ein sehr wichtiges ist und wir nicht zum letzten Mal in diesem Ausschuss über das Thema gesprochen haben werden. Vielen herzlichen Dank! – Wir sind jetzt am Schluss der Anhörung. Ich möchte Ihnen im Namen des Ausschusses ganz herzlich danken, dass Sie uns heute mit Ihrer Expertise zur Verfügung gestanden haben. Ich schlage vor, die Besprechung zu Tagesordnungspunkt 3 zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und die Anhörung ausgewertet werden kann. Besteht damit Einvernehmen? – Ich sehe Kopfnicken, dann verfahren wir so.

Wir kommen zu

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0047](#)
Ursachen und Auswirkungen des Fischsterbens an [UVK](#)
der Oder
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die
Linke und der Fraktion der FDP)

Hierzu: Anhörung

Als Anzuhörenden begrüße ich Herrn Dr. Christian Wolter. Er ist vom Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei im Forschungsverbund Berlin e.V. Ich gehe davon aus, dass wir ein Wortprotokoll anfertigen lassen. – Das ist der Fall. Ist eine Begründung dieses Besprechungsbedarfs zu Tagesordnungspunkt 4 durch die beantragenden Fraktionen erwünscht? – Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass keine einleitende Stellungnahme vonseiten des Senats erwünscht ist. Wir kommen nun zur Anhörung. Ich möchte dem Anzuhörenden Dr. Wolter das Wort geben, und Sie bitten, Ihre Stellungnahme nach Möglichkeit auf fünf Minuten zu beschränken, damit im Anschluss die Möglichkeit besteht, die Fragen der Abgeordneten zu beantworten. – Sie haben das Wort, Herr Wolter.

Dr. Christian Wolter (Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei – IGB): Vielen Dank! – Ich möchte nur ganz kurz einen Überblick geben, was an der Oder passiert ist. Es gab eine kleine Wasserstandserhöhung an dem Wochenende um den 4. August 2022 herum, einhergehend mit einem sehr starken Anstieg der Leitfähigkeit, des PH-Werts und des Chlorophyll-a-Werts. Das sind alles Werte an denen man sieht, dass a) bei der Leitfähigkeit die Salzkonzentration erhöht war und dass es sich b) beim Chlorophyll-a-Gehalt um eine Algenentwicklung gehandelt hat. Mein Kollege Jan Köhler hat diese Alge als *Prymnesium parvum* bestimmt; eine Art, die normalerweise nur in Brackwasser vorkommt. Diese Alge ist in der Lage, ein Gift zu bilden und hat es in der Oder getan.

Wir haben auf der gesamten Strecke von rund 300 Kilometern mehr als 1 000 Tonnen Fisch verloren, sehr hohe Muschelsterblichkeit, bei einigen Schnecken eine Sterblichkeit bis nahe an 100 Prozent. Die gesamte Schadensaufnahme ist noch nicht abgeschlossen, weil ein bisschen mehr als 200 Tonnen Fischkadaver abgesammelt wurden. Das heißt aber, dass bei Weitem mehr Fische im Gewässer verblieben sind, die nicht mehr aufgetrieben sind, die nicht am Ufer waren. Wir mussten tatsächlich erst einmal warten, bis diese Kadaver und die Muschelkadaver bakteriell abgebaut sind, sich die Sauerstoffwerte im Gewässer wieder normalisiert haben, die Temperaturen wieder runtergegangen ist, sodass wir jetzt, ohne den Fischen zusätzlichen Schaden zuzufügen, auch sehen können, was denn übriggeblieben ist. Wir waren zwei Tage draußen. Die Bilanz ist erschreckend. Es ist so, dass auf einer Strecke von mehr als 1 000 Meter Befischungslänge deutlich weniger Fisch vorhanden war, als wir sonst normalerweise auf nur 400 Meter fangen. Der Bestand ist ungefähr auf ein Drittel zusammengeschrumpft. Es fehlten bei den Probeentnahmen vor allem die großen Altersgruppen, die auch als Laicher infrage kommen.

Die unmittelbare Ursache dafür ist ganz klar auf eine erhöhte Salzkonzentration zurückzuführen, und die mittelbare Ursache – weil Algenblüten in Fließgewässern eigentlich sehr untypisch sind – ist, dass wir die Folgen des Klimawandels in den großen Flüssen deutlich verschärft haben, indem wir die Flüsse aufgestaut haben, indem die Flüsse eingetieft sind, sodass Wasserspeicher für Niedrigwasserperioden fehlen, im Sommer das Wasser zum Stillstand kommt, weniger fließt, und dadurch überhaupt erst einmal Möglichkeiten zur Algenentwicklung gegeben sind. Die Alge braucht eine hohe Verweilzeit des Wassers, viel Nährstoffe, hohe Temperaturen, Sonnenlicht. Nährstoffe, Temperaturen und Sonnenlicht sind gegeben, die Verweilzeit ist durch Stauhaltung und Niedrigwasser künstlich erhöht. Die Prise Salz hat dazu geführt, dass wir eine Art in der Oder hatten, die dort normalerweise keine Massenentwicklung bildet und zu diesen Folgen geführt hat.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank, Herr Dr. Wolter! – Als Erster hat sich Herr Lux gemeldet. – Bitte, Herr Lux!

Benedikt Lux (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Dr. Wolter! – Erste Frage: War das eine Prise Salz oder nicht doch eine Überdosis, bzw. können Sie das mengenmäßig noch etwas genauer einordnen, auch die Frage, inwiefern diese Salzengen auf den Menschen zurückzuführen sind?

Die zweite Frage, die mich und meine Fraktion Bündnis 90/Die Grünen umtreibt, ist, ob ein ähnliches Szenario für die Spree denkbar ist. Vor zwei Sitzungen hat Frau Staatssekretärin Karcher sehr kurz, sehr einleuchtend vorgetragen, weshalb die Spree hydrogeologisch doch anders funktioniert, aber die Frage nach möglichen Einleitungen, aber auch einem sehr langsamen Fluss, Niedrigwasser, Folgen des Klimawandels stellt sich auch hier. Ich weiß überhaupt nicht, wie es da mit einer möglichen Algenbildung aussieht und wie der Fischbestand dort ist, daher abstrakt die Frage, wie wir es möglichst ausschließen, dass sich ein ähnliches Szenario für die Gewässer Spree und Havel, für die wir in Berlin originär zuständig sind, ereignet. – Ich hoffe, die Frage ist verstanden worden, auch wenn ich sie ein bisschen komplizierter formulieren musste. Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Lux! – Herr Reifschneider, bitte!

Felix Reifschneider (FDP): Vielen Dank, Herr Dr. Wolter für die Ausführungen und die Einschätzung! Ich habe gehört, dass es eine gute Chance gibt, dass sich die Fischbestände auf natürlichem Weg über die Zeit wieder erholen werden, man sollte nicht mit Umsiedlungen von Fischen aus anderen Gewässern arbeiten. Können Sie vielleicht noch etwas zur Odervertiefung sagen, was da an Plänen ansteht und ob es nach Ihrer Kenntnis Pläne gibt, die Odervertiefung oder den Ausbau/Umbau der Oder mit Blick auf die natürlichen Prozesse der Neubildung von Fischen, Schnecken und all den anderen Tieren und Pflanzen, die da eine Rolle spielen, zu verändern?

Das Zweite knüpft ein bisschen an das an, was Herr Lux gefragt hat, aber ich würde es ein bisschen allgemeiner stellen, sowohl an Sie als auch vor allen Dingen an den Senat. Man muss immer mit solchen Havarieszenarien rechnen. Dass die eintreten, ist zwar sehr unwahrscheinlich, und da hat die Kommunikationskette möglicherweise nicht richtig gut funktioniert. Deswegen konnte vielleicht Wasser aus anderen Gebieten nicht in die Oder eingeleitet werden, um das etwas zu verdünnen. Mit welchen Havarieszenarien rechnet der Senat denn für

Berliner Gewässer, die beispielsweise durch die Schifffahrt entstehen könnten? Könnten irgendwo Chemikalien auslaufen oder andere Großschadensereignisse passieren? Gibt es da Pläne, wie man diese eindämmen könnte? Gibt es die entsprechenden Materialien und Schutzgeräte, die man dazu bräuchte, wenn beispielsweise großflächig Öl oder Chemikalien aus den Schiffen auslaufen, um das im Fluss abzufangen oder aufzuhalten? Was können Sie aus den Ereignissen an der Oder und aus den Kommunikationswegen zwischen den Behörden, die an der Oder stattgefunden haben, mitnehmen, um Prozesse in Berlin zu verbessern oder zu bewerten, ob die für den Fall eines Großschadensereignisses in einem Berliner Gewässer optimal aufgestellt sind?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Reifschneider! – Herr Hansel, bitte!

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank! – Herr Dr. Wolter, ich habe Sie so verstanden, als Sie vom Klimawandel gesprochen haben, dass es überwiegend Maßnahmen waren, die sich gegen den Klimawandel richten. Können Sie das noch einmal ins Verhältnis setzen?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Hansel! – Ich habe mich auch auf die Redeliste gesetzt, möchte kurz die Rolle vom Ausschussvorsitzenden zum naturschutzpolitischen Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wechseln und habe eine kurze Frage.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE): Herr Dr. Wolter! Sie haben die Menge von toten Fischen angesprochen, und es wurde auch in den Medien dargestellt. Ich stelle mir die Frage, ob die Wiederherstellung des Ökosystems in der Oder wieder möglich sein wird. – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Ich bin wieder der Ausschussvorsitzender, und die nächste Frage oder das nächste Statement kommt von Frau Wolff. – Bitte schön!

Dunja Wolff (SPD): Vielen Dank! – Ich will gar kein großes Statement abgeben. Das Ganze ist einfach nur furchtbar. Ich glaube, Herr Reifschneider, es ist sowieso schwierig zu sagen, wie man so etwas eindämmt. Da müssten wir auf dem Wasser gewisse Dinge einfach stoppen, und das ist eine Grundfrage.

Das andere, was ich meine, ist – Sie haben vorhin den Fischbestand erwähnt: Ich würde gerne wissen, wie der Fischbestand bisher war und auf welche Art und Weise der in der Oder natürlich gewesen ist oder ob ab und zu Fischbestand aufgefüllt wurde. Ich weiß vom Müggelsee, dass von den dortigen Fischereien der Fischbestand aufgefüllt und für Nachwuchs gesorgt wird.

Mich würde noch interessieren, wenn Sie sagen, dass das übergreifend nach Berlin ist, inwieweit dem Tatbestand selbst nachgegangen wird, wer dahinter steckt. Wie weit ist man da fortgeschritten? Wie ist da der Austausch, und inwieweit kann man dem noch weiter nachgehen? Soweit mir bekannt, ist das bisher noch nicht herausgefunden worden. – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Wolff! – Herr Dr. Wolter, Sie haben das Wort.

Dr. Christian Wolter (IGB): Ich hoffe, ich vergesse nicht alles. Zu der Salzeinleitung: Welche Menge exakt notwendig ist, um bei einem Durchfluss von 85 Kubikmeter pro Sekunde den Salzgehalt zu versechsfachen, kann ich Ihnen nicht sagen. Es sind jedenfalls gewaltige

Mengen. Die Leitfähigkeit in der Oder liegt normal bei 1 000, 1 200 Mikrosiemens pro Zentimeter. Wir haben Messwerte aus Polen bekommen, da lagen die bei 6 000 bis 7 000 Mikrosiemens pro Zentimeter. Die Welle, als sie Frankfurt/Oder erreicht hatte, wo der Messpegel des Landesumweltamts Brandenburg steht, war innerhalb eines Tages über den Messbereich geschneit. Der Messbereich der Sonde geht nur bis 2 000 Mikrosiemens, weil man das nicht brauchte.

Zu den Folgen für den Fischbestand: Der Fischbestand, der betroffen ist, hat überwiegend natürlich rekrutiert. Es gab Besatz in Polen. Die besetzen tatsächlich mit Flussfischen. Es ist Stand der Forschung, dass dieser Besatz in einem selbstreproduzierenden Besatz nichts bringt. Die Biomasse der Fische ist durch die Produktivität des Gewässers nach oben begrenzt. Das macht absolut keinen Sinn, dort Fische zu setzen. Wenn Sie es wollen, können Sie auch die Geldscheine reinschmeißen. Dieser Bestand ist natürlich rekrutierend. Wir haben auch in der Oder Arten, die nur in der Oder vorkommen, dort die einzigen selbstverlaichenden Bestände haben, deswegen ist die Oder auch als Lebensraum so wertvoll.

Deswegen auch zur nächsten Frage: Auf gar keinen Fall Fischbesatz, um den Bestand wieder zu helfen. Die Fische haben ein sehr hohes Reproduktionspotenzial. Es reichen relativ wenig Adulttiere, um eine ganze Nachwuchskohorte zu haben. Man kann jetzt mit Fischbesatz nur Schaden anrichten, indem gebietsfremde Herkünfte bzw. sogar andere Arten eingekreuzt werden. Es gibt in der Oder und nur dort eine spezifische Elritzen-Art, und der Döbel ist genetisch schon als eigene Art charakterisiert, aber noch nicht taxonomisch beschrieben – wer jemanden kennt, der sich einen Namen machen möchte, gerne. In solche Sachen kann man nur falsch einwirken. Die Bestände werden sich von alleine erholen. Die Fischbestände eher als die Muschelbestände, wo wir auch sehr hohe Verluste haben, aber Muscheln sind weniger mobil als Fische, haben auch ein geringeres Reproduktionspotenzial. Das wird das große Problem der kommenden Jahre werden, weil die Muscheln als Filtrierer eigentlich diejenigen sind, die die Algen aus dem Wasser filtern und damit für eine Reinhaltung des Wassers sorgen. Wenn die quantitativ ausgefallen sind – wir haben bei einigen Arten Verluste bis 80 Prozent –, dann müssen wir in den kommenden Jahren mit stärkeren Algenblüten in den kommenden Jahren rechnen. Der einzige unmittelbare Weg, den es da gibt, ist die Nährstoffeinleitung zu reduzieren. Nährstoff ist praktisch der Grundstoff, den die Algen zum Wachsen brauchen.

Wo kommt das Salz her? – In Polen gibt es eine bilaterale Arbeitsgruppe, die das untersucht. Die sollte eigentlich morgen ihren Bericht dazu vorlegen. Gestern ist durch die Medien gegangen, dass dieser Bericht kein einheitlicher Bericht wird, weil sich die Arbeitsgruppe wohl entzweit hat. Es gibt einen polnischen und einen deutschen Bericht. Mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen. Wir sind zwar ein Forschungsinstitut, aber nicht für eine Ursachenforschung, wo diese Einleitungen herkommen.

Kann das auch in Berlin passieren? – Ja, das ist so. Wenn wir Salzeinleitungen zulassen, die das Gewässer derart stark aufsalzen, dann ist auch hier nicht auszuschließen, dass eine toxischbildende Brackwasser-*Prymnesium parvum* plötzlich eine anthropogene Lizenz bekommt und zur Blüte kommen kann. Die Alge *Prymnesium parvum*, um die es an der Oder ging, ist ein Haptophyt, also eine sehr kleine Alge. Die wird durch den Wind verbreitet und ist praktisch ubiquitär verbreitet, findet aber in Süßwassern normalerweise keine ausreichenden Lebensbedingungen. Würden wir in Berlin die Gewässer ähnlich versalzen, wie es an der Oder passiert ist, müssen wir

damit rechnen, dass auch diese Alge eine Lizenz bekommt. Das wird übrigens auch für die salzhaltigen Braunkohlerestseen erwartet. Da wurde es von Algologen schon vor ein paar Jahren vorausgesagt.

Ansonsten bieten die Berliner Gewässer ideale Bedingungen für das Algenwachstum. Sie sind nährstoffreich. Wir haben bereits jedes Jahr Algenblüten, weil sie auch staureguliert sind. Wenn sie dann entsprechend warm werden und die Sonne scheint, ist ein optimales Milieu für Algenblüten da. Deswegen wird seitens der Senatsverwaltung daran gearbeitet, die Nährstoffleitungen noch weiter zu reduzieren. Ich glaube, für die Spree war der Grenzwert bei 90 Mikrogramm pro Liter. Was man mit dem Szenario vor Augen bedenken sollte: Wir hatten in den letzten Jahren erfreulicherweise eine Makrophytenentwicklung – Wasserpflanzen – in den Gewässern. Da kam gleich der Ruf nach dem Krauten. Dass man krautet, würde ich nicht empfehlen, weil die Pflanzennährstoffe im Wasser nur einmal aufgenommen und umgesetzt werden können. Da gibt es submerse Makrophyten, Wasserpflanzen, die im Boden wurzeln, wachsen, die Nährstoffe nutzen und dann klares Wasser erzeugen, oder die Nährstoffe können durch Algen umgesetzt werden, die dann eher an der Oberfläche sind, für trübes Wasser sorgen und als Algenblüte mit der Gefahr, dass da eine Brackwasser-alge da ist. Insofern: Die natürliche Wasserpflanzenentwicklung nutzen, um die Nährstoffe biologisch zu reduzieren, arbeitet in die richtige Richtung.

Jetzt noch zum Ausbau der Oder: Es gibt offizielle Verlautbarungen, dass Polen am Ausbau festhalten will. Die deutsche Seite hat sich bisher noch gar nicht geäußert, außer dass die Umweltministerin Frau Lemke sofort einen Ausbaustopp gefordert hat, aber das bilaterale Abkommen, das es zwischen Deutschland und Polen gibt, hat das Verkehrsministerium unterschrieben. Es ist ein Wasserstraßenausbau, und das Verkehrsministerium hat sich noch nicht dazu geäußert.

Wir wissen aber generell, dass die Hochwasser- und Flussbaupolitik in den Gewässern grundsätzlich überdacht werden muss. Fließgewässer haben eine natürliche Wasserstandsdynamik: Niedrigwasser zu Zeiten, wo es wenig regnet, wo keine Niederschläge da sind, und Hochwasser zu Zeiten der Schneeschmelze und hoher Niederschläge. Das ist eine ganz natürliche Dynamik in einem Fließgewässer. Bislang sind wir mit den Flüssen so umgegangen, dass das Hochwasser, wenn es da ist, so schnell wie möglich schadlos abgeführt wird. Das war die Maxime. Wir haben aber jetzt das Problem, dass uns die meiste Zeit im Jahr eigentlich Wasser fehlt, und wir haben nur diese Hochwasser. Man muss vielmehr zum natürlichen Hochwasserschutz übergehen, Wasser in der Landschaft zurückhalten, die Flussauen fitmachen, dass sie auch wieder Wasser speichern können. Auf die Art und Weise würde man – das ist eine mittelfristige strategische Überlegung – den Wasserrückhalt in der Landschaft stärken, und Niedrigwasserperioden wären nicht so dramatisch niedrig, wie sie jetzt sind, und würden wahrscheinlich auch später im Jahr einsetzen und nicht so lange dauern, was dazu führt, mittelbar das Algenwachstum zu reduzieren, aber vielmehr auch intakte Lebensräume in der Aue und landwirtschaftlich nutzbare Flächen zu erhalten. – Ich hoffe, ich habe keine Frage vergessen, ansonsten bitte noch einmal nachfragen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank, Herr Dr. Wolter! – Eine weitere Wortmeldung gibt es von Herrn Hansel. – Bitte!

Frank-Christian Hansel (AfD): Nur ganz kurz noch einmal zu den Maßnahmen gegen den Klimawandel, was mit den Flüssen passiert ist!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank, Herr Hansel! – Herr Dr. Wolter, bitte!

Dr. Christian Wolter (IGB): Ziel dieser Regulierung, die an den Fließgewässern passiert, ist es, ein tieferes Fahrwasser zu haben. Dafür werden die Buhnen – das sind Querbauwerke im Gewässer, die in der Mitte einen Stromstrich freilassen – länger und höher gestaltet, dass sich der Fluss eintiefen kann. Das ist das erklärte Ziel dieser Maßnahme, um bei niedrigen Wasserständen noch mit Schiffen fahren zu können. Die Folge davon ist: Wir haben nach wie vor die Wasserstandsschwankungen, die sich aus der natürlichen Abflussspende aus dem Einzugsgebiet ergeben – Hoch- und Niedrigwasser –, sodass der eingetiefte Fluss einen tieferen Wasserspiegel hat als der nichteingetiefte Fluss. Die kommunizieren mit den Grundwasserleitern in der Aue, vor allem dem oberflächennahen Grundwasser, und dieser Grundwasserspiegel sinkt mit dem eingetieften Flusswasserspiegel, was dazu führt, dass wir die Landschaft weiter entwässern und tiefer entwässern. Wenn diese Niedrigwasserperioden in den Gewässern auch noch länger anhalten – was sie gerade tun –, dann mineralisieren die Torfe in der Aue, was dazu führt, dass bei einem späteren Hochwasser das Wasserspeichervermögen in der Landschaft zusätzlich reduziert ist. Ein Torfkörper kann mehr Wasser speichern als ein blanker Boden. Insofern führt diese gewollte Eintiefung der Flüsse zu einer Landschaftsentwässerung, die der Anpassungsfähigkeit der Flüsse an die Folgen des Klimawandels entgegenwirkt.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank, Herr Wolter! – Weil unsere reguläre Zeit um 12.00 Uhr zu Ende geht, würde ich vorschlagen, dass wir die Sitzung um 15 Minuten verlängern. Gibt es dazu Widerspruch? – Das sehe ich nicht. Dann erteile ich dem Senat das Wort. – Frau Dr. Karcher, bitte schön!

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK): Vielen Dank für die Ausführungen! Wir waren bei diesem Vorfall mit der Kommunikation aus Polen sehr unglücklich. Wir waren sehr zufrieden mit der Kommunikation und der Zusammenarbeit mit Brandenburg. Ich bin auch selbst auf den Bericht gespannt, der demnächst vorgelegt wird. Für weitere Punkte gebe ich an meine Kollegin Frau Dr. Fritz-Taute weiter.

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenUMVK): Noch einmal zur Kommunikation, um das einzuordnen, warum das für Berlin so wichtig war: Wir hatten eine sehr schnelle Informationskette zu Brandenburg und waren relativ früh auch mit dem Bund mit eingeschaltet, was im Prinzip dazu geführt hat, dass die Verbindung nach Berlin unterbrochen wurde. Es wurde ziemlich schnell dafür gesorgt, dass kein Wasser von der Oder in das Berliner System reinfließen kann. Das führte dazu, dass diese Verbindung auch für die Schifffahrt unterbrochen wurde. Mit Unterstützung des Bundes standen die Schiffe wirklich in einer Schlange und durften den Kanal nicht passieren. Das hat sehr gut funktioniert. Zu dieser Meldekette, das muss ich sagen, da waren wir selbst überrascht, haben wir keinerlei Kritik. Es wurde jeden Tag mit dem Bund abgestimmt, wie die Werte sind, wie die Lage ist, ob man öffnen kann oder nicht. Es wurde immer auf Berlin Rücksicht genommen. Die Schifffahrt wurde so lange unterbrochen, wie es zur Sicherung der Berliner Gewässer nötig war.

Die Frage, ob so etwas in Berlin passieren kann: Da gebe ich Herrn Wolter recht, nur mir ist kein Einleiter bekannt, der es schaffen würde, solche Mengen einzuleiten. Für so ein Extrembeispiel wie an der Oder brauchen Sie diese ominöse Einleitung, wo man nicht so genau weiß, was das war, wenn ich das richtig verstanden habe. Das Gewässersystem an sich ist temperaturreguliert, es ist aufgestaut, es ist dementsprechend auch sensibel.

Was für Vorkehrungen haben wir, wenn so etwas bei uns passieren würde? – Wir haben weniger Havarien über Schiffe. Das ist nicht so das Problem, weil das, was hier an Frachtschiffen geht, nicht so gefährliche Dinge transportiert, und da ist bisher auch nichts vorgekommen. Wir haben aber durchaus öfter, ab und zu mal, Probleme in den Gewässern durch Einleitungen aufgrund von Problemen auf Industriebetrieben – sage ich jetzt mal allgemeiner Art. Wir hatten vor ein paar Jahren einen Brand in einem Betrieb, was dazu führte, dass Löschwasser in den Kanal abgelaufen ist. Über die Kanalisation gelangt das zum Teil auch in Gewässer. Dann geht durchaus so ein Szenario los, mithilfe der Feuerwehr, der Wasserschutzpolizei und unseren diversen Behörden, die dann sehr eng miteinander zusammenarbeiten, auch in der direkten Kette mit den Wasserbetrieben, weil an vielen Gewässern die Wasserwerke dranhängen, und mit Brandenburg, weil alles, was aus Berlin rausgeht, geht nach Brandenburg. Direkt in Potsdam ist auch ein Wasserwerk betroffen. Da gibt es entsprechende Meldekette, da gibt es entsprechend eingeübte Verfahrensweisen. Wir sind durchaus auf solche Havarien in aller Art eingestellt, weil es die wirklich manchmal gibt, aber nicht in diesem Ausmaß, sondern in wesentlich kleinerem Ausmaß.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke an den Senat! – Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? – Das ist nicht der Fall, dann sind wir jetzt am Schluss der Anhörung. Ich möchte Ihnen, Herr Dr. Wolter, ganz herzlich danken, dass Sie uns heute mit Ihrer Expertise zur Verfügung gestanden haben. – [Dr. Christian Wolter (IGB): Sehr gerne, danke!] – Ich schlage vor, die Besprechung zu Punkt 4 zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und die Anhörung ausgewertet werden kann. Besteht damit einverstanden? – Ich sehe Kopfnicken, dann verfahren wir so.

Punkt 5 der Tagesordnung

Vorlage – zur Kenntnisnahme –
Drucksache 19/0494
**Masterplan Wasser Berlin – Zwischenbericht zum
Stand der Erarbeitung**
(auf Antrag der Fraktion der SPD)

[0053](#)
UVK

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.